

IV. Krise der Tarifpolitik

Die ÖTV in der letzten Phase der sozialdemokratischen Ära
1980 bis 1982

1. Eine verunsicherte Gewerkschaft: Die Stimmung in der ÖTV zu Beginn des neuen Jahrzehnts

Umfassende Unzufriedenheit: Der Gewerkschaftstag 1980 als Ventil für die »Frustration mehrerer Jahre«

Im Laufe der Beratungen verwandelte sich der Kongress fast in ein Tribunal: Jeder der Delegierten, die im Juni 1980 auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV unmittelbar nach dem Rechenschaftsbericht von Heinz Kluncker das Wort ergriffen, äußerte sich negativ über die Strategie und die Leistungen der Organisation in den vorangegangenen vier Jahren. Dabei hatte sich der Vorsitzende in seiner Bilanz bereits ungewöhnlich selbstkritisch gegeben. Ohne auf Details einzugehen, sprach Kluncker von »Fehleinschätzungen und Pannen« in der Tarifpolitik, aus denen »wir [...] alle gemeinsam [...] lernen müssen«.¹

Diese verklausulierte Mahnung zu solidarischer Kritik nahm den Vertretern der Basis allerdings nicht den Wind aus den Segeln. Den Reigen der Kritiker eröffnete ein Delegierter aus Hagen, der sich über die »Halbherzigkeit« empörte, mit der die Verbandsführung in der letzten Tarifrunde agiert habe: Für dieses Verhalten des gHV und auch der Großen Tarifkommission könne »kein Verständnis von den Kollegen erwartet werden«. Andere Redner äußerten sich ganz ähnlich. Es sei nötig, »auf dem Gebiet der Tarifpolitik ein Vertrauensverhältnis wiederherzustellen«, weil die Gewerkschaftsführung dieses Vertrauen in den Jahren seit dem letzten Gewerkschaftskongress verspielt habe. Sie berichteten von »einer großen Resignation innerhalb der Mitglieder«; die »Stimmung gegenüber der ÖTV« in den Betrieben könne

1 | Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 59.

nur noch als »mies« bezeichnet werden und auch die Mitglieder seien höchst unzufrieden: »Sie fühlen sich verarscht.«² Für 1980 habe die ÖTV-Führung eigenmächtig einen Lohn- und Gehaltstarifvertrag akzeptiert, »der die Kollegen vor den Kopf schlägt« und deshalb die unteren Funktionäre der Organisation ebenfalls »unmöglich gemacht« habe: Sie seien nun die »Watschenhansel« sowohl der Gewerkschaftsbasis als auch der nichtorganisierten Arbeitnehmer und sollten dennoch weiterhin für die Organisation werben.³

Harro Sachße, einem der ehrenamtlichen Mitglieder des Hauptvorstandes, platzte in diesem Trommelfeuer aus Klagen und Beschwerden schließlich der Kragen. Der Ton, den die Delegierten gegenüber der ÖTV-Führung anschlügen, so gab er zurück, sei »unerträglich«. Die Gewerkschaftsführung lasse sich in ihrer Tarifpolitik durchweg davon leiten, »was durchsetzbar ist, und zwar durchsetzbar nicht nur von außen, sondern auch von innen her, aus der Organisation heraus«. Heinz Kluncker argumentierte in seinem Schlusswort genauso: Wer fordere, die ÖTV solle in den Tarifrunden für den Öffentlichen Dienst fordernder und aggressiver auftreten, der müsse die Frage beantworten, ob die »Kampfbereitschaft« in allen Bereichen des Staatsdienstes wirklich gleichermaßen gegeben sei. Kluncker hielt diese Einheitlichkeit nicht für gegeben – und auch im Frühjahr 1980 habe sie nicht existiert: »Es gibt noch zu viele Kollegen in unserer ÖTV, die gerne streiken lassen und selbst keine Bereitschaft zu einem dauerhaften Arbeitskampf mitbringen.« Unter solchen Bedingungen könne die Organisation nur vorsichtig auftreten. Anschließend bemühte sich der Vorsitzende aber um eine versöhnliche Perspektive: Die scharfe Kontroverse, für die es in der Geschichte der Organisation kein Vorbild gab, habe die ÖTV als eine »Kampfgemeinschaft« gestärkt, »die Lebensverhältnisse ändern und keine Tarifschusterei betreiben will«.⁴

Der Ärger vieler Delegierter über die Führungsmannschaft der eigenen Organisation war allerdings immer noch nicht verraucht. Als der Kongress

2 | In der Reihenfolge der Zitate: Werner König (Hagen), ebd., S. 87; Uta Landsberg (Berlin), S. 94; Erwin Eisenhut (Stuttgart), S. 99; Dieter Pallokat (Berlin), S. 104.

3 | In der Reihenfolge der Zitate: Gerold Schaub (Darmstadt), ebd., S. 108; Karl-Heinz Josten (Hannover), S. 118; Horst Dralle (Hannover), S. 181.

4 | In der Reihenfolge der Zitate: H. Sachße, ebd., S. 106; H. Kluncker, ebd., S. 211 u. 212 f.

die Mitglieder des gHV für die kommenden vier Jahre wählte, fiel der offiziell benannte Kandidat für den einzigen neu zu vergebenen Sitz durch: Ein Konkurrent, der sich erst unmittelbar vor der Abstimmung vorstellte, erhielt mehr Stimmen. Wie Heinz Wolf anschließend in persönlichen Briefen an Heinz Kluncker berichtete, ging es bei dieser Wahl kaum um die beiden Personen. Vielmehr habe es hinter den Kulissen des Kongresses unter den Delegierten Absprachen gegeben, »den Mitgliedern des gHV [...] einen sogenannten Denkartzettel zu erteilen«. Nur deshalb sei der von der Verbandsführung protegierte Bewerber gescheitert. Versteckt dokumentiere der Wahlgang daher die »Frustration mehrerer Jahre« über die Tarifpolitik der ÖTV, die nicht nur bei vielen Mitgliedern, sondern gerade auch bei den unteren Funktionsträgern der Gewerkschaft herrsche.⁵

Diese schlechte Stimmung speiste sich in der Tat nicht nur aus akutem Ärger über die soeben abgeschlossene Tarifrunde, sondern auch aus längerfristig gewachsenen Enttäuschungen. Keineswegs neu war etwa die 1980 von mehreren Delegierten wieder vorgetragene Kritik, die ÖTV-Führung dominiere und lenke die tarifpolitische Diskussion an der Basis, in der die Forderungen der Organisation formuliert wurden, viel zu stark durch präzise Vorgaben und durch ihre Öffentlichkeitsarbeit. Da die Gewerkschaft ihren Vorsitzenden so intensiv als ihr »Gesicht« einsetzte, zielte dieser Vorwurf direkt auf Heinz Kluncker. Ein Delegierter aus Stuttgart etwa erklärte: Bei »vielen Mitgliedern« und in »der gesamten Öffentlichkeit« herrsche

5 | In der Reihenfolge der Zitate: Heinz Wolf an Heinz Kluncker, 18.6.1980; ders. an dens., 4.7.1980. Beide in: AdSD, Depositum Kluncker, Stehordner 80. Der offizielle Kandidat war Karl-Heinz Jungmann, der seit 1977 die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt/Main leitete; der ad hoc aufgestellte Gegenkandidat war Karl-Heinz Werner, seit 1968 Bundesbeamtensekretär in der Stuttgarter Hauptverwaltung. Im zweiten Wahlgang, in dem keine absolute Mehrheit der Stimmen mehr erforderlich war, erreichte Werner 315 Stimmen, Jungmann erhielt 294 Stimmen. Den Wahlverlauf und die Vorstellung der beiden Bewerber vgl. in: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 261–266. Beide Bewerber waren SPD-Mitglieder; Jungmann war mit seinerzeit 36 Jahren deutlich jünger als der 55 Jahre alte Werner. Heinz Wolf hielt Werner gewerkschaftspolitisch für »äußerst schwach«; dessen Wahlerfolg betrachtete der hessische Bezirksvorsitzende auch als »persönliche Niederlage für mich«, weil es ihm trotz vieler Gespräche nicht gelungen sei, ein einheitliches Votum der hessischen Delegierten für Jungmann zu erreichen (so in seinem Brief vom 18.6.1980).

die Überzeugung, man höre die offizielle Position der ÖTV, »wenn sich der Bildschirm mit unserem Vorsitzenden Kollegen Kluncker füllt«. Daher sei es ein Unding, dass der gHV die Basisdebatte jedes Jahr neu mit öffentlich bekanntgegebenen Empfehlungen einleite. Letztlich gebe es für die einfachen Mitglieder so gar keine echte Entscheidungsfreiheit.⁶

Neben dieser Kritik an der innerverbandlichen Demokratie standen Einwände gegen zwei konkrete tarifpolitische Entscheidungen der vorangegangenen Jahre. Sie betrafen spezielle Fragen und hatten daher selbst innerhalb der Gewerkschaft nur geringe Aufmerksamkeit gefunden, als die ÖTV die nun so negativ bewerteten Regelungen unterzeichnet hatte. Zum einen ging es dabei um die Bezahlung von Auszubildenden und Praktikanten im Bereich der Krankenpflege. Im Frühjahr 1977 hatte die ÖTV die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber akzeptiert, diese Vergütungen für alle neu beginnenden Kräfte künftig geringer zu bemessen als zuvor. Eine angehende Krankenpflegerin etwa erhielt nun im dritten Lehrjahr nur noch zwei Drittel der Eingangsvergütung, die nach absolvierter Ausbildung in dieser Berufsgruppe gezahlt wurde, während sie bislang 75 Prozent erhalten hatte. In den ersten beiden Lehrjahren fiel dieser Abstand noch größer aus.⁷

Die Beschäftigung eines Praktikanten oder einer Auszubildenden kam die Kliniken seitdem also günstiger; wer unter den neuen Bedingungen in dieses Berufsfeld einstieg, stand sich hingegen finanziell schlechter als derjenige, der vor 1977 begonnen hatte. Nun war es selbstverständlich höchst ungewöhnlich, dass eine Gewerkschaft nicht protestierte, sondern zustimmte, wenn eine unveränderte Arbeit künftig geringer entlohnt wurde. Wenn die ÖTV-Führung in diesem Fall dennoch nachgab, so tat sie das, weil sie auf ein Versprechen der Arbeitgeber setzte: Würden die Vergütungen abgesenkt, so hatten diese in den Verhandlungen erklärt, könne die Zahl der Ausbildungsplätze für Pflegekräfte deutlich vermehrt werden.

6 | Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 100 (Erwin Eisenhut, Stuttgart). Vgl. ähnlich auch die Bemerkungen von Manfred Kanzleitner (Stuttgart), ebd., S. 84f.; Uta Leitner (Berlin), S. 92; Dieter Pallokat (Berlin), S. 103.

7 | Die Beispielszahlen für die Krankenpflegerin nach den Angaben der Delegierten Annette Schwarzenau (Berlin) in: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 95. Die fünf verschiedenen Verträge, in denen die neue Bezahlung geregelt wurde, publiziert in: ÖTV: Wortlaut der überbezirklichen Tarifverträge des Jahres 1977, Stuttgart 1978, Bd. 1, S. 288–298.

In Zeiten einer starken Jugendarbeitslosigkeit sei es ein solidarischer Akt, so zu handeln. Dennoch lehnte gerade die ÖTV-Gewerkschaftsjugend den Vorschlag der Arbeitgeber strikt ab: »Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen darf nicht auf Kosten der Vergütung und Qualität der Berufsausbildung erfolgen.«⁸

Die Tarifexperten der Gewerkschaft in der zuständigen Verhandlungskommission und in der gHV aber ignorierten diese Position. Sie beriefen sich auf Stimmen innerhalb der ÖTV, die Organisation solle sich um mehr Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst bemühen, und trösteten sich zusätzlich mit der Erwartung, die finanzielle Schlechterstellung neuer »Azubis« und neuer Praktikanten in der Krankenpflege werde dank der zu erwartenden Lohn- und Gehaltszuwächse in den nächsten jährlichen Tarifrunden in absoluten Zahlen rasch überwunden. Solch ein Verzicht sei akzeptabel, wenn es darum gehe, arbeitslosen Schulabgängern zu helfen.⁹

Auf dem Kongress von 1980 zogen mehrere Delegierte hingegen ein negatives Resümee: Die ÖTV sei den Arbeitgebern »auf den Leim gegangen«, denn diese hätten das »vage Versprechen« von 1977, in den Kliniken mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht eingehalten. Siegfried Merten, der für den gHV auf diese Kritik reagierte, widersprach nur insofern, als er auf ein vermehrtes Angebot von Praktikantenstellen verwies: »Trotzdem gestehen wir zu: Das war ein schwerer Brocken, den wir da geschluckt haben. Dafür tragen wir heute noch die Verantwortung.«¹⁰

Noch spezieller war die retrospektive Kritik an einer weiteren, bereits etwas älteren Abmachung unter den vielen speziellen Tarifverträgen, die ÖTV und Arbeitgeber seit dem letzten Gewerkschaftstag von 1976 vereinbart hatten. Sie regelte sehr detailliert ein soziales Zugeständnis der Arbeitgeber an die Beschäftigten: Wer erkrankte kleine Kinder oder andere engste Angehörige pflegen musste, der konnte im Öffentlichen Dienst bei weiterlaufenden Bezügen zeitlich befristet von der Arbeit freigestellt werden. Änderungen im BAT sowie in den Manteltarifverträgen für die beim

8 | ÖTV-Geschäftsbericht 1976/79, S. 394.

9 | Vgl. zusammenfassend Siegfried Merten in: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 200 f. Vgl. als Beispiel für die Sorgen wegen der Jugendarbeitslosigkeit: Zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen! In: ÖTV-Magazin 1977, H. 5, S. 3.

10 | In der Reihenfolge der Zitate: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 90 f (Lothar Bauer, Dortmund), S. 95 (Annette Schwarzenau, Berlin), S. 201 (S. Merten).

Staat beschäftigten Arbeiter hatten diesen Anspruch 1979 neu festgesetzt und von zuvor 14 Arbeitstagen auf lediglich sechs Tage verkürzt. Zudem war die Freistellung nun nur noch dann möglich, wenn ein Kind im Alter von bis zu 14 Jahren zu versorgen war. Wie wiederum mehrere Delegierten berichteten, wurden diese Verschlechterungen »von den Kollegen einfach nicht akzeptiert«: Der alte Rechtszustand müsse wieder gelten.¹¹

In der Tat hatte die ÖTV den drängenden Arbeitgebern auch in dieser Sache nachgegeben. Sie tat das, weil die Angelegenheit kurz zuvor erstmals gesetzlich geregelt worden war: Der Bundestag weitete das bislang nur tarifvertraglich gesicherte soziale Privileg einiger weniger Berufsgruppen auf alle Lohnabhängigen aus. Allerdings beschlossen die Parlamentarier dabei Regelungen, die in den Details deutlich hinter den Standards des Öffentlichen Dienstes zurückblieben. Im Streit mit ihren Tarifpartnern, der daraufhin begann, widersetzte sich die ÖTV zwar erfolgreich deren Forderung, die gesetzlichen Bestimmungen eins zu eins für die Beschäftigten des Staates zu übernehmen. Einige Abstriche an den alten Verträgen musste sie jedoch akzeptieren. Auch retrospektiv hielt der gHV die Kritik der Delegierten deshalb für nicht gerechtfertigt: Tarifpolitik funktioniere nun einmal nicht ohne Kompromisse. Angesichts der ohnehin zahlreichen negativen Stimmen in Medien und Politik über den Öffentlichen Dienst und seine angeblich skandalösen Privilegien sei solche Flexibilität gerade in der aktuellen Situation unverzichtbar.¹²

Eine »Niederlage« der ÖTV? Der Lohn- und Gehaltsabschluss für 1980 in der Kritik des Gewerkschaftstages

Genauso uneinig wie in den eben skizzierten Aspekten waren sich die ÖTV-Führung und die Vertreter der Basis schließlich auch bei der Beurteilung der Lohn- und Gehaltstarifverträge für 1980. Erst dieser Dissens erklärt den ungewöhnlich scharfen Ton der Kritik auf dem Gewerkschaftskongress,

11 | Vgl. etwa: ebd., S. 92 (Uta Landsberg, Berlin – Zitat) sowie auch: Dieter Pallokat (Berlin), S. 104; Helga Hirsch (Hamburg), S. 125, und die Anträge dazu in: ebd., Bd. 2, S. 466–468. Zuvor hatten die Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst die Freistellung auch zugelassen, wenn im Haushalt lebende Eltern erkrankt waren.

12 | Vgl.: ebd., Bd. 1, S. 199f. (Siegfried Merten) sowie allgemein auch Heinz Kluncker, S. 58.

denn diese Abmachungen betrafen ja alle Angehörigen des Öffentlichen Dienstes – auch die Beamten, da die Arbeitgeber die ausgehandelten tariflichen Verbesserungen in jenem Jahr wieder für sie übernahmen. Folgt man den Delegierten, die sich dazu äußerten, dann meinten viele Mitglieder, die Gewerkschaft habe in der gerade abgeschlossenen Tarifrunde eine »Niederlage« erlitten – und dieser Misserfolg gehe auf das Konto der ÖTV-Führungsmannschaft und der Großen Tarifkommission, weil sie die Basis nicht zum Streik aufgerufen hatten. Heinz Kluncker wurde dafür persönlich verantwortlich gemacht: »wir haben lautstark gepfiffen, und Du hast ohne Verbesserung des Angebots Freitagnacht abgeschlossen«. ¹³

Mit ihrer Hauptforderung war die Gewerkschaft in den Tarifverhandlungen tatsächlich nicht durchgedrungen. Nach dem Willen der befragten Mitglieder ging es der ÖTV auch 1980 vor allem um eine sozial ausgleichende Komponente: Sie koppelte ihre Forderung nach neunprozentigen Lohn- und Gehaltserhöhungen mit einem Mindestbetrag von 180 DM und bezeichnete gerade diese Summe als essenziell wichtig. Anders als in den direkt vorangegangenen Jahren, in denen (wie oben gezeigt) das soziale Element in der ÖTV-Tarifpolitik etwas in den Hintergrund gerückt war, stand ein besonders deutliches finanzielles Plus für die geringer bezahlten Beschäftigten des Staates damit wieder ganz im Zentrum der gewerkschaftlichen Forderungen. Erklärend verwies die ÖTV vor der Öffentlichkeit erneut auf die allgemeine Teuerung, die Geringverdiener besonders stark belaste. ¹⁴

Ähnlich vertraut wie diese Begründung war Eingeweihten auch die Vorgeschichte der für 1980 erhobenen Forderung: Sie ergab sich aus den Diskussionen und Beschlüssen in den unteren Ebenen der Organisation, obwohl die Führungsspitze einen anderen Kurs befürwortete. Zumal Heinz Klun-

13 | Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 100 (Erwin Eisenhut, Stuttgart). Vgl. ähnlich auch die anderen zu Beginn dieses Kapitels bereits angeführten und zitierten Delegierten.

14 | Vgl. etwa: Kluncker: 180 Mark Sockelbetrag bedeutet für viele plus neun Prozent. In: Die Welt, 18.12.1979; Kluncker macht's nicht billiger. In: WAZ, 18.12.1979; Kluncker-Paket fürs Schaltjahr. In: Aachener Volkszeitung, 18.12.1979. Einen Überblick über den gesamten Forderungskatalog findet man in: ÖTV: Geschäftsbericht 1980–1983. Hrsg. v. der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – Hauptvorstand, Stuttgart 1984 (im Folgenden: ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83), S. 135 f.

cker warnte intern, wer weitere nicht-lineare Lohnerhöhungen verlange, der fördere die Privatisierungen im Öffentlichen Dienst. Die Basis – oder vielleicht besser: deren aktiver Teil – entschied jedoch wiederum anders. Nach einem einstimmigen Beschluss der Großen Tariffkommission für die 180 DM präsentierte Kluncker den neuen Mindestbetrag vor der Öffentlichkeit daher als den Kern der ÖTV-Forderungen.¹⁵

Dabei war der Vorsitzende wohl gerade über diese Summe recht unglücklich: Sie lag höher als all die anderen Mindest- oder Sockelbeträge, die die ÖTV bislang gefordert hatte. Fast schon demonstrativ bekannte sich die Organisation damit zu einem tarifpolitischen Grundprinzip, das die Arbeitgeber seit Jahren scharf kritisierten. Dieses Auftumpfen der Gewerkschaft gerade in der Tarifrunde für 1980 war allgemeinpolitisch durchaus bemerkenswert, denn im Herbst des Jahres stand die nächste Bundestagswahl an, die über das weitere Schicksal der zunehmend zerstrittenen sozialliberalen Koalition in Bonn entschied. Um die Brisanz von Streiks im Öffentlichen Dienst so kurz vor einer Wahl wussten – zumal nach den Ereignissen in Großbritannien im Jahr zuvor – selbstverständlich alle Beteiligten.

Wie Akten des Bundesinnenministeriums belegen, blickte auch die ÖTV-Führung sorgenvoll auf die kommende Tarifrunde. In Vorgesprächen mit Vertretern der Bundesregierung und der Länder drängte Heinz Kluncker bereits im November 1979, die Arbeitgeber sollten frühzeitig ihren »guten Willen« beweisen, um einen möglichst konfliktfreien Ablauf der Verhandlungen zu garantieren. Konkret wünschte er sich einen rasch zu vereinbarenden Tarifvertrag, der die Sparförderung der Arbeitgeber für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes deutlich verbessern sollte: Gäbe es diesen Abschluss noch vor Beginn des neuen Jahres, dann werde das Zugeständnis der Arbeitgeber in der ÖTV zu einer »Mäßigung bei der Formulierung der Lohnforderungen« führen. Politisch sei dies im Interesse beider Seiten: »Man solle sich beiderseits 1980 ein Fiasko ersparen.«¹⁶

15 | Vgl. den retrospektiven Überblick durch Kluncker selbst in: Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080. Vgl. auch: Kluncker spricht laut von Streik. In: FR, 3.3.1980; Kluncker riskiert eine Machtprobe. In: StZ, 24.3.1980.

16 | In der Reihenfolge der Zitate: Vermerk über die Besprechung der Staatssekretäre, 26.11.1979; Vermerk über das Spitzengespräch Bund/TdL/VKA – ÖTV,

Die Tarifpartner aber verweigerten sich: Als ein »Instrument der Einkommensanpassung« gehöre auch eine verbesserte Sparförderung in die allgemeinen Lohnverhandlungen. Zudem könne der Vorsitzende ja nicht garantieren, dass die ÖTV nach einem ersten Erfolg tatsächlich bescheiden auftreten werde.¹⁷ Die tarifliche Morgengabe der Arbeitgeber, die sich Heinz Kluncker gewünscht hatte, blieb daher aus; die Mitgliederdiskussion in der ÖTV, die sich wegen fehlender Quellen nicht detailliert nachzeichnen lässt, führte zu dem oben skizzierten Forderungskatalog.

In den offiziellen Tarifverhandlungen, die Anfang März 1980 begannen, verwahrten sich die öffentlichen Arbeitgeber – wie es zu erwarten gewesen war – gerade gegen den Mindestbetrag von 180 DM und das damit angestrebte besondere finanzielle Plus für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen: Es sei »leistungshemmend« und zwingen sie auf mittlere Sicht zu »kostspieligen Entzerrungen« der immer stärker nivellierten Vergütungshierarchie.¹⁸ In diesem Streit gerieten die Tarifpartner nach den eher unauffällig ausgefochtenen Tarifrunden der vorangegangenen Jahre erstmals

8.11.1979. Beide in: BArch Koblenz, B 136, 15822. Die besonderen Zahlungen der Arbeitgeber als Beitrag zur »Vermögensbildung« der Arbeitnehmer gab es im Öffentlichen Dienst seit 1970: Pro Monat betrugen sie 13 DM, die auf ein Sperrkonto gingen und Einzahlungen des Arbeitnehmers ergänzten. Diese Summe war seitdem unverändert geblieben; in der Privatwirtschaft wurde 1980 hingegen vielfach bereits deutlich mehr gezahlt (meist 39 DM, oft aber auch schon 52 DM pro Monat). Auch das BMDI gab daher zu, die Forderung der ÖTV (konkret verlangte die Gewerkschaft 52 DM als neue Summe) sei »im Prinzip berechtigt« (so in der oben angeführten Besprechung der Staatssekretäre). Die genannten Zahlen aus: Aktenvermerk der Abt. D III/1 des BMDI über vermögenswirksame Leistungen im Öffentlichen Dienst, 9.11.1979. In: ebd. Heinz Kluncker vermied im Übrigen öffentlich ganz bewusst den offiziellen Begriff der »Vermögensbildung«: Man betreibe »Etikettenschwindel«, wenn man eine »Sparförderung« so benenne (Transkript des Interviews mit Heinz Kluncker in »Bilanz«, ZDF, gesendet am 30.6.1976, 20.15 Uhr. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 45).

17 | Vermerk über die Besprechung der Staatssekretäre, 26.11.1979. In: ebd.

18 | Vermerk der Unterabteilung ZB im Bundeskanzleramt, 29.2.1980. In: BArch Koblenz, B 136, 15822. Vgl. ferner: Vermerk des Referats 132, 10.3.1980; Aufzeichnung über das Ergebnis des ersten Ministergesprächs zur Tarifrunde 1980 im Öffentlichen Dienst, 5.3.1980. Beide in: BArch Koblenz, B 136, 15822. Protokoll der Lohn- und Vergütungstarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, 7.3.1980. In: BArch Koblenz, B 222, 1332.

wieder durchaus heftig aneinander. Nach dem 25. März kam es in mehreren Großstädten für jeweils einige Stunden zu Warnstreiks im Öffentlichen Nahverkehr, bei anderen kommunalen Versorgungsbetrieben sowie in einigen Ämtern und Behörden. Mancherorts beteiligten sich zahlreiche Beschäftigte: 7.000 waren es etwa in Köln, 1.500 in Hamburg und 1.000 in Frankfurt am Main.¹⁹

Die Arbeitgeber hielten diese Arbeitsniederlegungen für illegal, weil nach ihrer Interpretation zu diesem Zeitpunkt noch die Friedenspflicht galt, und auch die ÖTV sprach offiziell durchweg von »spontanen« Aktionen. De facto dürften die jeweiligen Ortsgruppen der Gewerkschaft und die lokalen Funktionäre jedoch das ihre getan haben, um die kollektiven Ausstände möglich zu machen.²⁰ In der bundesdeutschen Presse erntete die ÖTV wegen dieser Warnstreiks einmal mehr scharf negative Kommentare: Sie schädige die Bürger, weil sie »nur so aus Spaß an der eigenen Durchsetzungsfähigkeit« trotz guter Gegenargumente der Arbeitgeber unachgiebig versuche, einen sozial ausgleichenden Abschluss zu erreichen.²¹

Da ein Arbeitskampf zu drohen schien, befasste sich – nach einer mehrjährigen Pause – erstmals wieder der Bundeskanzler persönlich mit den Details der Tarifstreitigkeiten für den Öffentlichen Dienst. Helmut Schmidt erwies sich auch bei dieser Gelegenheit als ein Mann der klaren Worte: Es dürfe keinen Abschluss geben, der bei der allgemein geltenden Prozentzahl höher liege als die 6,8 Prozent, auf die sich die IG Metall mit ihren Tarif-

19 | Die Zahlen aus: Meldung der Führungs- und Lagezentrale des BMdI, 27.3.1980. In: BArch Koblenz, B 222, 1333. Vgl. auch die Angaben in: Pressedienst der ÖTV Hessen, Nr. 7/80, 26.3.1980. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 26, sowie ferner: »Spontis« an der Streikfront. In: Handelsblatt, 27.3.1980; Warnstreiks – nur Ärger. In: Bonner Rundschau, 27.3.1980.

20 | Vgl. etwa den scharfen Protest des BMdI gegen das »rechtswidrige Verhalten« der Ausständigen in: Presseerklärung des BMdI, 27.3.1980. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 26. Ein Hinweis auf die Beteiligung der lokalen ÖTV-Spitzen findet sich in: Meldung der Führungs- und Lagezentrale des BMdI, 27.3.1980. In: BArch Koblenz, B 222, 1333.

21 | Verlust des Augenmaßes. In: Der Tagesspiegel (Berlin), 6.4.1980. Vgl. ganz ähnlich auch: Klunckers Strategie. In: Rheinischer Merkur, 28.3.1980; Tarif-Poker wie eh und je. In: Saarbrücker Zeitung, 28.3.1980; Ohne Vernunft. In: FAZ, 28.3.1980, Kluncker »socket«. In: Rheinische Post, 24.3.1980; Teurer Prinzipienstreit. In: Handelsblatt, 25.3.1980.

partnern bereits geeinigt hatte. Eine soziale Komponente sei akzeptabel, auch um der ÖTV entgegenzukommen; sie dürfe aber insbesondere die Bezüge der beim Staat beschäftigten Arbeiter nicht dauerhaft noch weiter nach oben führen, denn deren Verdienste seien »im Vergleich zum gewerblichen Bereich« schon gegenwärtig »viel zu hoch«. Einen Einigungszwang sah der Kanzler nicht: »Notfalls müsse auch ein Scheitern der Verhandlungen in Kauf genommen werden.« Im Übrigen wolle er, »wenn notwendig«, über die ganze Angelegenheit gerne persönlich mit Heinz Kluncker sprechen.²² Auf einer zweiten Besprechung wenig Tage später erwähnte der Kanzler noch eine zweite Möglichkeit, die ÖTV zu bremsen: Es müsse »Kontakt« mit der IG Metall »in dem Sinne aufgenommen werden, daß von dort aus auf Kluncker eingewirkt wird«, keinen Abschluss anzustreben, der über die letzten Lohnabschlüsse in der gewerblichen Wirtschaft hinausgehe.²³

Ob es daraufhin eine Beratung zwischen dem Kanzler und dem ÖTV-Vorsitzenden und/oder auch Interventionen durch die Führung der IG Metall bei Heinz Kluncker gegeben hat, lässt sich nicht sagen. Allerdings bemühte sich die Spitze der ÖTV gerade nach den Warnstreiks sehr intensiv um eine Einigung in letzter Minute. Offensichtlich war es ihr wichtig, den Pfad zu vermeiden, der sowohl zu einer Schlichtung als auch zur Urabstimmung und dann weiter zu Streiks führte. Die erhöhte Sparförderung der Arbeitgeber, über die man kurz zuvor noch ergebnislos gesprochen hatte, wurde nun Teil einer Paketlösung, auf die sich die Tarifparteien schließlich am 28. März 1980 nach einer der üblichen Marathon-Verhandlungsrunden einigten. Wie Heinz Kluncker hinterher intern wie öffentlich erklärte, handelten die versammelten Fachleute der Gewerkschaft und die Mitglieder der Großen Tarifkommission unter dem Eindruck, sowohl die Bundesregierung als auch die TdL seien bereit, aus den gemeinsamen Tarifverhandlungen auszuscheren, um einen Arbeitskampf zu riskieren. Die »Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes bei den Tarifabschlüssen« sei für die ÖTV aber unverzichtbar: Die Gewerkschaft stehe »in der Verantwortung«,

22 | Aufzeichnung über das Ergebnis des Ministergesprächs beim Bundeskanzler zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, 19.3.1980. In: BArch Koblenz, B 136, 15822.

23 | Aufzeichnung über das Ergebnis des Ministergesprächs beim Bundeskanzler zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, 26.3.1980. In: ebd.

diese Übereinstimmung zu bewahren.²⁴ Die Haltung des Bundeskanzlers scheint der Gewerkschaftsspitze also bekannt gewesen zu sein – wie sie kommuniziert wurde, muss jedoch offenbleiben.

So entstand der auf dem Gewerkschaftstag dann scharf kritisierte Abschluss, den die Große Tarifkommission nach eindringlich werbenden Worten Heinz Klunckers mit Zwei-Drittel-Mehrheit akzeptiert hatte. Unter den vielen komplizierten Kompromissen, die im Laufe der Tarifgeschichte schon für den Öffentlichen Dienst entstanden waren, gebührt dieser Abmachung wohl ein Ehrenplatz auf der Rangliste der nur noch für Experten verständlichen Verträge. Lediglich auf den ersten Blick war das Resultat leicht zu fassen: Neben einer prozentualen Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,3 Prozent stand ein Mindestbetrag von 110 DM pro Monat, der in jedem Fall erreicht werden musste. Wer genauer hinschaute und sich im speziellen Vokabular der Tarifverträge auskannte, entdeckte allerdings, dass sich diese Regelung von den Mindest- oder Sockelbeträgen unterschied, die in früheren Abmachungen vereinbart worden waren. Bei den speziellen Zuschlägen, die auch dem Geringverdiener die 110 Mark sicherten, handelte es sich nämlich um »zusätzliche Zahlungen«, die lediglich für zwölf Monate gewährt wurden. Sie verschwanden also wieder, wenn der Tarifvertrag ablief, während alle vorherigen Mindestzahlungen das Tarifgefüge jeweils dauerhaft verändert hatten.²⁵

Diesen Unterschied, der auf Uneingeweihte wahrscheinlich wie eine juristische Haarspalterei wirkte, betrachteten die Arbeitgeber als großen Erfolg. Öffentlich erklärte Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP), die »elende Sockelei« im Öffentlichen Dienst sei damit endlich beendet.²⁶ Wie sich denken lässt, präsentierte und bewertete Heinz Kluncker den Abschluss ganz anders. Es gebe ja eine wirkungsvolle soziale Komponente:

24 | Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 57. Vgl. auch H. Kluncker in: Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

25 | Vgl. zu den Details: ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83, S. 136f. Zudem waren diese »zusätzlichen Zahlungen« auch nicht »gesamtversorgungsfähig«, d.h., sie hatten keine Bedeutung für die spätere zusätzliche Altersrente der staatlichen Arbeiter und Angestellten.

26 | Baum erfreut, daß die »elende Sockelei« im öffentlichen Dienst vermieden wurde. In: Die Welt, 31.3.1980.

Wer weniger als 1.750 DM brutto im Monat verdiente, der erhalte dank des Tarifabschlusses ein Lohnplus von bis zu 7,8 Prozent.²⁷

Nüchtern betrachtet handelte es sich bei der Abmachung vom 28. März 1980 um einen mühsam ausgehandelten Kompromiss, der so kompliziert konstruiert war, dass wohl nicht nur Außenstehende, sondern auch die direkt betroffenen Arbeitnehmer kaum noch beurteilen konnten, welche Seite denn »gewonnen« hatte.²⁸ Der starke Unwille, den die Delegierten kaum drei Monate später auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV artikulierten, beweist daher vielleicht vor allem, wie unpopulär diese Tarifpolitik geworden war, in der Experten immer komplexere Detailregelungen aushandelten, um stets beiden Seiten doch noch »irgendwie« gerecht zu werden. Wie eine Vertreterin der ÖTV-Basis klagte, entstanden so Tarifverträge, die »teilweise kaum noch verständlich« seien.²⁹

Gleichzeitig fühlten sich die Beschäftigten des Staates offensichtlich auf neuartige Weise unsicher und sozial ungeschützt. Ein Delegierter aus Berlin benannte die Faktoren, die dafür verantwortlich waren: »Nullstellenplan [d. h.: Einstellungsstopps], Rationalisierung, Veränderung von Arbeitsinhal-

27 | Im Schwitzkasten. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.3.1980.

28 | Vgl. dazu die treffenden Worte in: Waldemar Schäfer: Kein K.o. für Klunker. In: Handelsblatt, 1.4.1980. Der fast schon gewundene Kompromisscharakter zeigt sich etwa an den Bestimmungen für eine zweite soziale Komponente, die den Mindestbetrag von 110 DM ergänzte: Der Vertrag erhöhte die oben schon erwähnte Sparförderung der Arbeitgeber (die immer eine Eigenleistung des Arbeitnehmers voraussetzte) nur für Geringverdiener. Sie erhielten bei einem Bruttoeinkommen von bis zu 1.900 DM nun 26 DM statt der sonst gezahlten 13 DM Sparförderung pro Monat. Fast schon absurderweise wurden die zusätzlichen 13 DM allerdings ein Jahr direkt als »persönliche Zulage« ausgezahlt. Erst nach dieser Zeit sollten sie dann – wie üblich – auf das gesperrte Konto für die »Vermögensbildung« gehen, d. h., de facto handelte es sich für ein Jahr eben nicht um einen Teil der auf lange Sicht konzipierten Sparförderung, sondern um einen Lohnzuschlag, der nur nicht so deklariert wurde. Bei solchen Regelungen ließ sich wohl berechtigt von »gewissen Verrenkungen« der Tarifpartner (so Schäfer in dem genannten Artikel) sprechen, die gemeinsam unbedingt eine Einigung erreichen wollten. Zu den Details der Regelung vgl.: ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83, S. 138.

29 | Uta Landsberg (Berlin). In: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 93. Eine ähnliche Klage vgl. auch schon in: Protokoll ÖTV-GT 1976, Bd. 1, S. 123 (der Delegierte Reinhard Lehmann, Berlin).

ten, Minderung der Wertigkeit der Arbeit durch neue Technik berühren inzwischen fast alle Bereiche auch des öffentlichen Dienstes.« Die Gewerkschaft aber sei gerade in diesen Fragen zu passiv: Sie solle und müsse »agieren, nicht reagieren«, wenn sie wirklich die Interessen der Beschäftigten wahren wolle.³⁰

Der Vorwurf, auf den sich alle der Kritiker einigen konnten, die im Sommer 1980 auf dem Gewerkschaftstag sprachen, kann wohl lauten: Die Organisation habe sich nicht erst in der Lohnrunde für 1980, sondern bereits in den vorangegangenen Jahren tarifpolitisch verzettelt. Um der ungewöhnlich selbstkritischen Debatte eine positive Perspektive zu geben, entwickelte eine Gruppe der Delegierten, in der Heinz Wolf offensichtlich eine führende Rolle übernahm, einen Initiativantrag, der den gHV aufforderte, künftig klare Prioritäten für die tarifpolitische Arbeit der Organisation zu entwickeln, die sich an dem »Einsatzwillen einer breiten Mitgliedschaft« orientieren sollten: »Man muß in bestimmten Situationen wissen, wohin die Reise geht.« Bei dieser Schwerpunktsetzung sollte die Führung insbesondere »tarifpolitische Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung« im Auge behalten. Erklärtermaßen sollte so die »Überschaubarkeit« der ÖTV-Tarifpolitik wiederhergestellt werden: »Es kann einfach nicht mehr so sein, daß die zuständigen Funktionäre des Tarifsekretariats Tarifverträge ausarbeiten und abschließen, ohne daß wir überhaupt wissen, wohin der Hase gegangen ist und was daraus wird.« Die Versammlung stimmte dem Antrag nach kurzer und kaum kontroverser Debatte mit großer Mehrheit zu.³¹

Trotz der vielen scharfen Worte, die gefallen waren, endete der Kongress also in versöhnlicher Stimmung. Recht besehen hatte die ÖTV ihre interne Uneinigkeit mit dem zitierten Beschluss allerdings nicht gelöst, sondern wohl eher noch intensiviert. So stärkte der Gewerkschaftstag die tarifpolitische Macht des gHV, obwohl von der Basis der Organisation doch schon seit einigen Jahren beständig die Klage kam, sie werde bei der

30 | Dieter Pallokat (Berlin). In: Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 104.

31 | In der Reihenfolge der Zitate: Heinz Wolf (als Sprecher der Antragsteller), ebd., S. 496; Harro Sachße (HV), ebd., S. 500. Der Antrag in: ebd., Bd. 2, S. 325; die Abstimmung in: ebd., Bd. 1, S. 508. In der Debatte hatte nur ein Delegierter gegen den Antrag gesprochen: Georg Backhaus (Hamburg) warnte als einer der Vertreter der Beschäftigten in der privaten Transport- und Verkehrssparte, die ÖTV werde sich mit dieser Stärkung des gHV selbst »Fesseln anlegen« (ebd., S. 502).

Planung der jährlichen Tarifrunden zu wenig beteiligt. Zudem enthielt die Formulierung von den zentral wichtigen »Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung« indirekt eine klare Absage an weitere Mindest- oder Sockelbeträge, die – wie oben gezeigt wurde – unbestreitbar dazu beigetragen hatten, dass gering qualifizierte Handarbeiten im Öffentlichen Dienst deutlich besser bezahlt wurden als in der Privatwirtschaft. In der Privatisierungsdebatte spielte dieser Zusammenhang bekanntlich eine zentrale Rolle. Die sozial ausgleichenden Komponenten, die Geringverdienern besonders zugute kamen, aber lagen den Gewerkschaftsmitgliedern, die sich an der basisdemokratischen Debatte über die Tarifpolitik der Organisation beteiligten, ganz offensichtlich nach wie vor besonders am Herzen.

Klunckers Formulierung, die ÖTV sei eine »Kampfgemeinschaft«, die keine »Tarifschusterei« mehr betreiben wolle, war daher ohne Frage mehr Wunschdenken als Realität. Wie sehr dieses skeptische Urteil zutraf, trat gerade in den beiden letzten Tarifrunden zu Tage, die noch in die insgesamt achtzehn Jahre dauernde »Ära Kluncker« gehören. Sowohl in den Beratungen für 1981 als auch für 1982 stand die ÖTV vor ganz neuen Herausforderungen: Nicht sie selbst, sondern die Arbeitgeber, die ihre Personalkosten senken wollten, bestimmten die Verhandlungen durch drohend vorgetragene Forderungen. Mit dem üblichen Prozedere der Tarifrunden für den Öffentlichen Dienst hatte dieser Ablauf bereits 1981 nur noch wenig zu tun – und 1982 kam es dann sogar zu einer ganz neuen Frontstellung.

2. »Der Herr schütze uns vor unseren Freunden«: Der Konflikt der ÖTV mit der SPD-Regierung Nordrhein- Westfalens in den Tarifverhandlungen für 1981

Verkehrte Welt in der Tarifpolitik

Heinz Kluncker ließ jede diplomatische Rücksichtnahme fahren. Wahrscheinlich wurde er auch sehr laut. Das »Tänzchen«, das die Arbeitgeber in der aktuellen Tarifrunde mit ihm und der ÖTV aufführten, müsse sofort ein Ende haben, so polterte der Gewerkschaftsvorsitzende am 20. März 1981 auf einem Treffen der Verhandlungskommissionen: »Meine Herren, wenn das so weitergeht, dann wird sich der Hauptvorstand der ÖTV nicht mehr in der Lage sehen, mit der TdL Tarifverhandlungen zu führen.« Er werde den zuständigen Gremien der ÖTV empfehlen, mit den Landesre-

gierungen künftig nur noch auf Bezirksebene zu verhandeln – und dann bleibe in der Tariflandschaft des Öffentlichen Dienstes nichts mehr beim Alten: »Wir werden uns dann bezirklich hochschaukeln«.³²

Diese Drohung verband Kluncker mit einem scharfen Angriff auf Johannes Rau, den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, der zwar nicht persönlich anwesend war, die Tarifverhandlungen aber öffentlich mehrmals mit ÖTV-kritischen Anmerkungen begleitet hatte. Nach Klunckers Urteil versuchte Rau »die Autorität und den guten Willen« der ÖTV zu untergraben. Deshalb trage der sozialdemokratische Landespolitiker die Verantwortung für das »Chaos« und die »sozialen Spannungen«, die bei Streiks in öffentlichen Versorgungsbetrieben gerade »in den Städten des Reviers« unweigerlich entstehen würden. Dann könne sich Rau zudem das gerade erst verabschiedete »Haushaltsstrukturgesetz« seiner Regierung, das auf den Abbau der staatlichen Personalkosten zielte, »in die Haare massieren lassen«. Kluncker fügte hinzu: »Sie sollen sich bloß nicht einbilden, daß das für Nordrhein-Westfalen billiger wird.«³³

Mit dieser Attacke schlug der ÖTV-Vorsitzende im Frühjahr 1981 verbal bereits zum zweiten Mal auf den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ein. Schon bei der offiziellen Eröffnung der Tarifgespräche am 6. März hatte sich Kluncker ungewöhnlich giftig über Rau geäußert: Da der Politiker öffentlich gerne wortreich über seinen protestantischen Glauben sprach und von der Presse deshalb oft als »Bruder Johannes« tituliert wurde, verspottete ihn Kluncker (ohne den Namen direkt zu nennen, aber doch unmissverständlich auf Rau gemünzt) als »moralinsauren Prediger, um nicht zu sagen Pharisäer«, der Verständigung im Munde führe, gleichzeitig aber doch »in unerträglicher Weise« die Grundprinzipien der Tarifautonomie in Frage stelle.³⁴

32 | Wortprotokoll der Erklärung von Heinz Kluncker in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, 20.3.1981, als Anhang enthalten in: BMdI, TdL und VKA an Ministerpräsident Johannes Rau, 20.3.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823.

33 | Ebd.

34 | Rede von H. Kluncker zur Eröffnung der Plenarrunde in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, 6.3.1981. In: AdsD, Depositum Kluncker, Stehordner 81.

So aggressive Töne hatte es – soweit wir wissen – in den Tarifgesprächen für den Öffentlichen Dienst in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Nach Klunckers Drohungen in der zweiten Verhandlungsrunde zeigte sich Bundesinnenminister Gerhart Baum bestürzt: Die »Spannung« zwischen der ÖTV und dem Düsseldorfer Kabinett, so schrieb der FDP-Politiker aus Stuttgart an Johannes Rau, sei »einem zu erzielenden Verhandlungsergebnis nicht förderlich«.³⁵ In einem vertraulichen Telefongespräch bat Baum den Ministerpräsidenten noch am gleichen Tag eindringlich »um Zurückhaltung«.³⁶

So erstaunlich wie Klunckers bewusst auch persönlich gemeinte Attacken auf einen der prominentesten Sozialdemokraten in der Bundesrepublik war ihr konkreter Anlass. Der ÖTV-Vorsitzende empörte sich derart emotional, weil die nordrhein-westfälische Regierung im Frühjahr 1981 tarifpolitisch »verkehrte Welt« spielte: Das Landeskabinett forderte, die Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten um einen für Arbeiter, Angestellte und Beamte gleich hohen Einheitsbetrag zu erhöhen. Nach dem vorgegangenen jahrelangen Streit um die angeblich »nivellierenden« Folgen der Mindest- oder Sockelbeträge, die von der ÖTV gefordert wurden, trug diese Kehrtwende der politisch einflussreichen NRW-Regierung fast schon etwas absurde Züge – allerdings lässt sich das Gleiche auch über die Reaktion der Gewerkschaft sagen, denn Heinz Kluncker drohte den Arbeitgebern am 20. März 1981 mit einer Entwicklung, die er selbst nur ein halbes Jahr zuvor auf dem ÖTV-Kongress noch als verhängnisvoll bezeichnet hatte. Nun aber sollte sein Satz, die ÖTV sei verpflichtet, die Einheitlichkeit der Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst zu erhalten, unversehens nicht mehr gelten.

In der Tarifrunde für 1981 – so zeigt die eben skizzierte politische Rochade – geschah offensichtlich etwas Neues. Die wohleingeübten Rollen der Tarifparteien verloren ihre klaren Konturen; neue Strategien und Verhandlungstricks wurden erprobt. Diese Entwicklung, die sich im nachfolgenden Jahr sogar noch weiter beschleunigte, hatte – wie sich denken

35 | BMdI, TdL und VKA an Ministerpräsident Johannes Rau, 20.3.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823.

36 | Aktenvermerk von Referat 132 des BMdI zur Unterrichtung an den Gruppenleiter, den Abteilungsleiter und den Chef des Bundeskanzleramtes, 23.3.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823.

lässt – einen konkreten ökonomischen Hintergrund: Die konjunkturelle Lage der Bundesrepublik verdüsterte sich wieder, und damit gewann das Problem der wachsenden Defizite in den öffentlichen Etats und der damit eng verbundenen staatlichen Schuldenwirtschaft noch einmal deutlich an politischem Gewicht.

Wie bereits 1973/74 begann die Krise erneut mit stark steigenden Energiekosten: Dem ersten »Ölpreisschock« folgte ein zweiter, der bewies, wie rasch man bei Rohöl und Benzin Preisen nachtrauern konnte, die eben noch als exorbitant hoch gegolten hatten. Die Bundesrepublik litt dabei gleich doppelt. Sie war von Energieimporten abhängig, die nun deutlich teurer bezahlt werden mussten. Da es sich um eine internationale Krise handelte, verschlechterten sich zugleich die Absatzchancen der Exportindustrie, ohne die das Land ökonomisch nicht florierte. Damit sanken auch die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, während die ohnehin hohen Arbeitslosenzahlen und auch die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik weiter wuchsen.³⁷

All diese Probleme wogen politisch besonders schwer, weil die Hoffnung, der Staat könne so einen wirtschaftlichen Einbruch mit kreditfinanzierten Investitions- und Förderprogrammen in einen Boom verwandeln, in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre weitgehend verkümmert war. Wer nach dem Misserfolg der vorangegangenen Konjunkturprogramme in der neuen Krise weiter auf die Rezepte des Keynesianismus setzen wollte, der musste sich den Vorwurf anhören, wider besseres Wissen unbelehrbar zu sein.³⁸

Aus verschiedenen Gründen bündelten sich die Sorgen der Bundesrepublik, die der zweite »Ölpreisschock« auslöste, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Das Ruhrgebiet kämpfte ohnehin wirtschaftlich und sozial im-

37 | Vgl. etwa: Peter König: Ölpreisschocks und makroökonomische Anpassungsprozesse zwischen Industrieländern, Konstanz 1990; Klaus Matthies: Anfälligkeit der Industrieländer gegenüber Ölschocks. Vergangenheit und Perspektiven, Hamburg 1992.

38 | Vgl. zusammenfassend als zeitgenössische Stimme etwa: Thilo Sarrazin: Das Lächeln der Sphinx – oder: Die Staatsverschuldung und die Krise der Globalsteuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 31 (1981) B 38, S. 3–23. Der Autor, der bekanntlich noch eine lange politische und publizistische Karriere vor sich hatte, gehörte seinerzeit als Referatsleiter im Bundesfinanzministerium zu den allgemein anerkannten sozialdemokratischen Finanzexperten.

mer noch mit den Folgen, die der Niedergang des Steinkohlen-Bergbaus ausgelöst hatte und immer noch bewirkte. Eine Krise der Stahl- und Eisenindustrie kam hinzu; zugleich war der Landesetat durch milliardenschwere Subventionen für die wenigen verbliebenen Zechen besonders belastet.³⁹ Eine steuerpolitische Maßnahme der Bundesregierung sorgte zudem dafür, dass auch die Städte an Rhein und Ruhr mit Beginn des neuen Jahrzehnts vor besonders großen finanziellen Sorgen standen. Nach einer Änderung im System der Gewerbesteuer, die zum 1. Januar 1980 in Kraft trat, sprudelte ihre Haupteinnahmequelle deutlich spärlicher als zuvor: Einzelne Kommunen verloren bis zu 40 Prozent des bisherigen Aufkommens aus der Gewerbesteuer.⁴⁰ Anfänglich sprang ihnen das Land helfend bei; schon im Sommer 1981 aber beschloss das Kabinett in Düsseldorf, das selbst mit massiv steigenden Defiziten kämpfte, die Abschaffung dieser Ausgleichszahlungen.⁴¹

Da die SPD die meisten nordrhein-westfälischen Großstädte (insbesondere im Ruhrgebiet) regierte und seit 1980 im NRW-Landtag eine absolute

39 | Vgl. etwa: Heinz Schaefer: Zur Entwicklung der regionalen Produktionsstrukturen. In: Nordrhein-Westfalen in der Krise – Krise in Nordrhein-Westfalen? Tagungsband zum RWI-Symposium vom 24. und 25.10.1984, Berlin 1985, S. 39–55; Klaus Mackscheidt: Der öffentliche Haushalt in Nordrhein-Westfalen – ein Schicksalsbuch der Nation? In: Hans Günther Meissner (Hrsg.): Spannungsfelder im Marketing, Dortmund 1990, S. 9–27.

40 | 1980 verschwand die »Lohnsummensteuer«, die als eine Ergänzung der Gewerbesteuer bislang auf kommunalen Beschluss hin erhoben werden durfte. Sie orientierte sich sowohl an der Zahl der vor Ort vorhandenen Arbeitsplätze als auch am lokalen Lohn- und Gehaltsniveau. Ihre Abschaffung war als Anreiz für Großbetriebe gedacht, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade im Ruhrgebiet blieb diese Wirkung jedoch aus; zugleich hatten sich die Gemeinden dort besonders stark auf diese spezielle Form der Gewerbesteuer gestützt. Zu den Details und Hintergründen vgl. etwa: Die Gemeinden sehen sich als Opfer der Steuerreform. In: FAZ, 1.8.1978; Im Ruhrgebiet helles Entsetzen. In: FAZ, 2.8.1978 (beide Artikel mit Bezug auf den Beschluss zur Abschaffung der Steuer zum 1.1.1980); Gratwanderung am Rande des Abgrunds. In: Der Städtetag 32 (1979), S. 85–94, hier: S. 85–88; Die Städte in den achtziger Jahren. Ein Bericht über die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 30. Januar 1980 in Recklinghausen, Köln 1980, S. 120–123.

41 | Die Finanzlage Nordrhein-Westfalens ist schlechter als die des Bundes. In: FAZ, 9.7.1981.

Mehrheit besaß, war es vor allem diese Partei, die auf die sich mehrenden finanziellen Hiobsbotschaften im ehemaligen wirtschaftlichen Kraftzentrum der Bundesrepublik reagieren musste. Zum großen Ärger der ÖTV dachten die Sozialdemokraten dabei vor allem an Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst. Diether Posser, der Finanzminister des Landes, trug entsprechende Forderungen und Vorschläge massiv vor die Öffentlichkeit. Weil es für sie kein Risiko gebe, den Arbeitsplatz zu verlieren – so dekretierte Posser etwa im Oktober 1980 –, müssten die Beschäftigten des Staates generell und dauerhaft »am Ende der Lohnzuwächse« stehen.⁴² Wenig später beschloss das Düsseldorfer Kabinett nicht nur eine sechsmonatige Einstellungs- und Beförderungssperre, sondern auch den Wegfall verschiedener sozialer Leistungen für öffentlich Beschäftigte, die nicht durch Tarifverträge gesichert waren. Sparpläne ähnlicher Art entwickelten auch die Kommunen.⁴³

Vor diesem Hintergrund begann die Lohn- und Gehaltsrunde für den Öffentlichen Dienst für 1981 – und im Jahr darauf sah es nicht anders aus, da die kurzfristig erreichten Einsparungen durch all die Einstellungsstopps, Nachbesetzungs- oder Beförderungssperren sich durchweg nur »im marginalen Bereich« bewegten.⁴⁴ Aus dieser Erfahrung erklärt sich zu einem guten Teil der fast schon missionarische Eifer, mit dem gerade sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitiker nach 1980 für eine möglichst harte Haltung der öffentlichen Arbeitgeber gegenüber der ÖTV stritten.

42 | Beamte gehören ans »Ende der Lohnrunde«. In: FAZ, 27.10.1980.

43 | Vgl. etwa: Keine neuen Stellen in Düsseldorf. In: FAZ, 13.10.1980; Der Etat-Entwurf in Nordrhein-Westfalen muß korrigiert werden. In: FAZ, 26.11.1980; Milliarden-Loch im Düsseldorfer Haushalt. In: FAZ, 4.12.1980; Der Schuldendienst der Regierung Rau übersteigt sogar die Kreditaufnahme. In: FAZ, 23.7.1981; Nordrhein-Westfalen muß noch mehr sparen. In: FAZ, 31.10.1981; Posser spart die Hälfte des Landeshaushaltes. In: FAZ, 13.1.1982; Die Regierung Rau vor neuen Defiziten. In: FAZ, 6.3.1982. Für die Kommunen vgl. zahlreiche Beispiele in: Wolfgang Gernert: Analyse von Haushaltsreden in nordrhein-westfälischen Gemeinden 1983, Essen 1983.

44 | Vgl. dazu genauer: Johannes Werner Schmidt: Überlegungen zu einzelwirtschaftlichen Konsolidierungsstrategien für öffentliche Haushalte. In: Peter Eichhorn/Günter Sieber (Hrsg.): Rationalisierungssreserven in öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen, Köln 1985, S. 11–19, hier: S. 15. Dieses Fazit umfasst auch die Sparbemühungen in den Jahren nach 1975.

Der erste Zug in der neuen tariflichen Partie gehörte im Winter 1980/81 allerdings noch der Gewerkschaft (im Jahr darauf galt dann selbst diese Regel nicht mehr): Öffentlich forderte sie im Dezember 1980 eine siebenprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung. Sozial ausgleichende Elemente fehlten – was es bei der ÖTV seit den späten 1960er Jahren nicht mehr gegeben hatte.⁴⁵ Vorangegangen war die nun schon traditionsreiche Basisdebatte. Sie verlief zumindest insofern ergebnisoffener als in den Vorjahren, als es erstmals keine Pressekonferenz gegeben hatte, auf der Heinz Kluncker vorab die tarifpolitischen Überlegungen des gHV vorstellte. Dessen Vorschläge wurden ausschließlich intern kommuniziert; gegenüber der Presse behandelte Kluncker die Angelegenheit hingegen »wie eine Geheimsache«.⁴⁶

Indem sie sich so verschwiegen gab, reagierte die ÖTV-Spitze auf den erwähnten Vorwurf, wegen der starken Medienpräsenz des Vorsitzenden seien ihre offiziell stets so bezeichneten »Empfehlungen« für die Mitglieder de facto eher Direktiven. Nach Klunckers rückblickendem Urteil erwies sich sein Verzicht auf Presseerklärungen und Interviews als hilfreich: Die internen Kritiker, die meinten, es gebe in der ÖTV in konkreten tarifpolitischen Fragen keine echte Mitbestimmung der Basis, seien »um einiges stiller geworden«.⁴⁷

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit versuchte Heinz Kluncker im Herbst 1980 allerdings wohl intensiver als je zuvor, die Mitgliederdiskussion durch klare Vorgaben und unzweideutige Warnungen zu lenken. Wie schon im Krisenjahr 1975, so zeichnete der Vorsitzende erneut ein ausgesprochen düsteres Bild sowohl der wirtschaftlichen Lage als auch der Erfolgsaussichten der ÖTV. Vor der Großen Tarifkommission erklärte er im Oktober 1980, in den kommenden Lohnrunden werde es wegen der schwächelnden Konjunktur und der hohen Arbeitslosigkeit nur noch Abschlüsse »mit begrenztem Volumen« geben. Politisch wehe der Wind der ÖTV direkt ins Gesicht: »Der allgemeine Druck gegen die Staatsverschuldung wird zunehmen«; die Forderung nach Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen finde immer mehr Beifall »in der veröffentlichten Meinung« und bei allen Parteien. Selbst von Sozialdemokraten habe es

45 | ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83, S. 139. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge liefen Ende Februar 1981 aus; die Erhöhung sollte also ab März 1981 greifen.

46 | Kluncker sucht den Beifall der Basis. In: Die Welt, 17.12.1980.

47 | Protokoll der 6. Sitzung des HV, 1./2.10.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130084.

dazu schon »manche schwachsinnig-dümmliche oder auch boshafte Erklärung« gegeben. Lohnpolitisch sei für die ÖTV daher mehr als ein »Schritthalten« mit den Einkommenszuwächsen in der Privatwirtschaft nicht zu erreichen. Sicher könne man bei einer solchen Strategie von »Anspruchslosigkeit« sprechen – Alternativen aber sah Kluncker nicht.⁴⁸

Offenbar wurden die meisten Funktionäre der Organisation erfolgreich auf diese Linie eingeschworen. Der Bezirk Hessen etwa forderte, »alle ehren- und hauptamtlichen Funktionäre, die Verantwortung für die Organisation tragen«, müssten die Basisdebatte auf die Frage konzentrieren, »was politisch erreichbar und durchsetzbar ist«. Es gelte deshalb die Regel: »keine zusätzlichen Nebenforderungen« neben einer prozentualen Lohn- und Gehaltserhöhung. Um das gewünschte Ergebnis zu erreichen, empfahl der Bezirksvorstand, die Mitgliederdiskussion strikt auf die einzelnen Betriebe und Verwaltungsstellen zu konzentrieren. Die »sogenannten Vertrauensleute-Vollversammlungen der Kreisverwaltungen«, die sich in den Vorjahren offensichtlich eigenmächtig etabliert hatten, um tarifpolitisch mitzureden, sollte es hingegen nicht mehr geben: Die ÖTV, so schrieb Heinz Wolf ausdrücklich in seinem eigenen Namen, brauche derartige »Happenings« nicht.⁴⁹

Einmal mehr fehlen genauere Informationen darüber, wie der organisationsinterne Meinungsbildungsprozess im Einzelnen ablief, an dessen Ende die von der Großen Tariffkommission im Dezember 1980 beschlossene Sieben-Prozent-Forderung stand. Einheitlichkeit aber war auch nach dem offiziellen Ende der Debatte nicht garantiert. Wie Mitglieder des Hauptvorstandes berichteten, kam es trotz aller Mühen der Führungsmannschaft an der Basis immer noch zu »emotionalen Meinungsbildungen« und zu Mehrheiten für Sockel- oder Mindestbeträge: Angesichts der aktuellen ökonomischen Lage und der Erfahrungen mit solchen Forderungen in den vorangegangenen Jahren sei dies »ein ganz erschreckender Vorgang«.⁵⁰

48 | Rede H. Kluncker vor der GTK, 27./28.10.1980. In: AdsD, Depositum Kluncker, Stehordner 80. Ein Protokoll der anschließenden Debatte in der Tariffkommission konnte in den für dieses Projekt durchgesehenen Akten nicht ermittelt werden.

49 | Bezirksleitung Hessen an gHV, 10.12.1980. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 27. Bei diesem Dokument handelt es sich um ein Telex. Die Rechtschreibung wurde stillschweigend korrigiert.

50 | Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

Wenn Heinz Kluncker seine interne Mahnung zu strikter gewerkschaftlicher Realpolitik im Januar und Februar 1981 mehrfach eindringlich wiederholte, so tat er das offensichtlich, weil er um die Geschlossenheit der ÖTV bangte. Zusatzforderungen (etwa nach einem höheren Urlaubsgeld oder mehr Urlaub), so warnte er, würden die ÖTV »ins Abseits stellen«, weil Politik und Presse die Beschäftigten des Staates ohnehin für sozial privilegiert hielten. Wer Mindestbeträge verlange, der programmiere »die nächste Niederlage der Gewerkschaft ÖTV in der Bewertung aller Mitglieder«, weil ein weiterer Sockel realistischer Weise nur in einer Größenordnung durchzusetzen sei, die den meisten gewerkschaftlich organisierten Staatsbeschäftigten gar nicht nütze.⁵¹ Im Februar schließlich warnte Kluncker unmissverständlich vor einem Arbeitskampf. Ein Scheitern der Verhandlungen bedeute für die ÖTV ein unkalkulierbares »Abenteuer«, weil die Organisation nicht sicher sein könne, die nötige 75-Prozent-Mehrheit für einen Streik zu bekommen. Eine Rede vor der Großen Tariff Kommission beendete er deshalb mit der Aufforderung: »Laßt die Kirche im Dorf, sorgt, daß wir den Status quo halten«.⁵²

Während die ÖTV-Führung alles in ihrer Macht Stehende tat, um einmal mehr eine möglichst »geräuschlose« Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst zu garantieren, verhielten sich einige Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber ganz anders. Besonders die nordrhein-westfälische Landesregierung suchte bewusst den Konflikt mit der ÖTV. Bereits im Dezember 1980 trat Ministerpräsident Johannes Rau mit ebenso ungewöhnlichen wie konkreten Vorschlägen an seine Amtskollegen in den anderen Bundesländern heran: Nicht in den dafür zuständigen Gremien der TdL, sondern hoch offiziell im Bundesrat sollten die Regierungschefs eine gemeinsame Position für die bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen beschließen. Ziel müsse es sei, entweder eine Verlängerung des noch laufenden Tarifvertrages um sechs Monate (d. h.: eine »Lohnpause« in dieser Zeit) durchzusetzen oder aber die nächste Gehaltserhöhung auf eine absolute Summe zu begrenzen, die für alle Bediensteten gleich sei. Nur so könne

51 | Ebd. Kluncker nennt hier die Summe von 150 DM monatlich: Nur ein Mindestbetrag dieser Größe bringe der Mehrheit der ÖTV-Mitglieder überproportionale Zuwächse.

52 | Rede H. Kluncker vor der GTK, 25./26.2.1981. In: AdsD, Depositum Kluncker, Stehordner 81.

ein »aus betriebswirtschaftlicher Sicht« vertretbarer Tarifabschluss erreicht werden. Angesichts der sicheren Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst seien die finanziellen Einbußen, die sich aus seinen Vorschlägen ergaben, für die Beschäftigten »zumutbar«.⁵³

Und damit nicht genug: Rau begann, auch öffentlich für eine Einheitszahlung zu werben; Finanzminister Posser und Friedhelm Farthmann, der Arbeitsminister des Landes, sekundierten. Im Januar 1981 votierte die SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag mit deutlicher Mehrheit für diesen Vorschlag. Schließlich wurde eine Summe genannt: Einheitlich 80 DM monatlich sollte jeder Staatsdiener als Lohn- oder Gehaltserhöhung bekommen.⁵⁴ Gleichzeitig fuhr Farthmann, der als Vorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen« (AfA) in der SPD quasi offiziell für den Gewerkschaftsflügel der Partei sprach, öffentlich scharfe Attacken auf die sozialen Privilegien der Staatsbediensteten. Die »Regelbeförderung« im Öffentlichen Dienst etwa nannte er »skandalös«: Die AfA verlange den »Abbau« dieser gesicherten Karrieren, weil es für Arbeiter in der Privatwirtschaft nichts Vergleichbares gebe.⁵⁵

Diese tarifpolitischen Querschüsse von sozialdemokratischer Seite kamen für die ÖTV offensichtlich völlig überraschend. Verwundert verwies Heinz Kluncker auf den Widerspruch, der sich hinter der angebotenen Einheitszah-

53 | Fernschreiben des Ministerpräsidenten von NRW an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, 17.12.1980. In: BArch Koblenz, B 136, 15823. Vgl. auch: Rau sieht Sparmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. In: FAZ, 19.12.1980.

54 | Vgl. zusammenfassend den Bericht von Hans Liersch in: Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

55 | Arbeiter haben viel mehr Nachteile als Angestellte und Beamte. In: FR, 12.2.1981. Wie die FAZ schrieb, war Farthmann im NRW-Kabinett die treibende Kraft insbesondere hinter der Forderung nach einem Einheitsbetrag (Rau sieht Sparmöglichkeiten im öffentlichen Dienst. In: FAZ, 19.12.1980). Farthmann, der vor seinem Wechsel in die Politik lange als wirtschaftspolitischer Experte für den DGB gearbeitet hatte, plädierte in einem fast zeitgleich publizierten Buch in allgemeinen Formulierungen für eine Tarifpolitik, die »neue und auch sozialpolitisch richtige Akzente für die Zukunft« setzen müsse (Friedhelm Farthmann: Entscheidungsjahre. Leben zwischen Freiheit und Ordnung, Düsseldorf und Wien 1980, S. 115).

lung verbarg: »Der härteste Widerstand gegen jede Art von sozialer Komponente wurde bisher von den Arbeitgeberspitzen in NRW geleistet. Dies gilt sowohl für die TdL als auch für die VKA.«⁵⁶ Von Raus Vorschlägen wollte die Gewerkschaft grundsätzlich nichts wissen: Der Ministerpräsident fordere ein »Sonderopfer« von den Staatsbediensteten. Deren Löhne und Gehälter aber seien keine »finanzielle Manövriermasse« für sparwütige Finanzpolitiker, sondern die angemessene Entlohnung für geleistete Arbeit, die beide Tarifparteien gemeinsam in frei ausgehandelten Verträgen vereinbart hätten.⁵⁷

Mit der Frage, warum die SPD-Genossen an Rhein und Ruhr in der Tarifrunde für 1981 plötzlich ganz anders handelten als zuvor, hielt sich die Führungsmannschaft der ÖTV nicht lange auf. Sie fand sehr rasch eine Antwort, die an den sozialdemokratischen Politikern kaum noch ein gutes Haar ließ: Johannes Rau und seine Mitstreiter legten es aus Sicht Heinz Klunckers und anderer wichtiger Funktionäre der Gewerkschaft darauf an, »Streit zwischen die Arbeitnehmer« zu tragen, um die ÖTV »auseinander zu treiben« oder sogar zu »zerreißen«.⁵⁸ Diese Interpretation erklärt den hoch-emotionalen Ton, den die Gewerkschaft in ihrer Gegenwehr anschlug. So empörte sich Heinz Kluncker vor dem Hauptvorstand wörtlich über »die Dreckigkeit des Vorgehens der Landesregierung NRW«; Reinhold Mosch, Vorsitzender des ÖTV-Bezirks NRW I, sprach von »Unverfrorenheit« und forderte, die Organisation solle »mit der gleichen Rigorosität [...] draufhauen« wie Rau oder Farthmann. Kurt Schneider, ehrenamtliches Hauptvorstands-Mitglied aus Baden-Württemberg, benutzte ähnliche Vokabeln und rief: »Der Herr schütze uns vor unseren Freunden«.⁵⁹

Öffentlich nannte Heinz Kluncker die tarifpolitischen Initiativen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten »dummlich, fahrlässig und gefährlich«; die Kritik Farthmanns am Öffentlichen Dienst bewertete der ÖTV-Vorsitzende als »perfide«. Ein lokaler Funktionär, der Gewerkschaftsvorsitzende in Oberhausen Gerhard Martin, schließlich meinte abfällig, von dem Regierungschef des wichtigsten Bundeslandes solle man doch

56 | Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

57 | Proteste gegen Raus Pläne. In: FAZ, 20.12.1980.

58 | So Klunckers Formulierungen in der Tarifrunde am 20.3.1981. Zit. nach dem Wortprotokoll in: BMdI, TdL und VKA an Ministerpräsident Johannes Rau, 20.3.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823.

59 | Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

wohl erwarten, »daß er auch denken kann« – und er erinnerte Rau drohend an den ÖTV-Streik von 1974, der Heinz Kluncker seinen Ruf als »Kanzler-Killer« eingetragen hatte: »Kluncker kann auch ein »Rau-Killer« sein.«⁶⁰

Äußerungen dieser Art waren mit Sicherheit nicht im Sinne der ÖTV-Führung, die einen Streik für unrealistisch und gefährlich hielt. Intern arbeitete allerdings auch Heinz Kluncker mit historischen Reminiszenzen an den Arbeitskampf im Februar 1974, wenn er über die neue konfrontative Haltung gerade seiner sozialdemokratischen Verhandlungspartner sprach. Ende Januar 1981 erklärte er dem Hauptvorstand, die für die Tarifpolitik zuständigen SPD-Politiker legten es darauf an, die ÖTV in einen Arbeitskampf zu treiben, den die Gewerkschaft kaum gewinnen könne, weil »einige ein Trauma haben, uns das noch einmal heimzuzahlen, was wir ihnen 1974 angetan haben«. Ausdrücklich zählte Kluncker Bundeskanzler Helmut Schmidt zu dieser Gruppe. Gleichzeitig sprach der ÖTV-Vorsitzende aber von einer »Einheitsfront gegen uns«, die von linken Sozialdemokraten wie etwa Erhard Eppler bis ganz nach rechts zu dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß reiche: »Im Grunde sind das die gleichen Brüder, wenn auch mit unterschiedlicher Kappe«.⁶¹

So umzingelt sah sich die ÖTV-Führung unter anderem deshalb, weil sie sich in ihrem Streit mit wichtigen sozialdemokratischen Politikern einmal mehr von den anderen DGB-Organisationen allein gelassen fühlte. Nach Klunckers Worten handelten Johannes Rau und seine Mitstreiter bis hinauf zum Bundeskanzler mit »der stillschweigenden Duldung anderer DGB-Gewerkschaften«. Hans Liersch, der Chef des wichtigen ÖTV-Bezirks NRW II, bestätigte dieses Urteil. Vor dem Hauptvorstand berichtete er ebenfalls im Januar 1981 über seine persönlichen Versuche, bei den Ruhrgebietsorganisationen der IG Metall, der IG Bergbau und Energie sowie der IG Bau – Steine – Erden um Unterstützung für die ÖTV-Proteste gegen die Sparpolitik der Landesregierung im Öffentlichen Dienst zu werben. Erfreuliche Erfahrungen machte Liersch dabei nicht: »Ich will Euch das ersparen, was ich dort alles gehört habe.« Zwar zeigten die hauptamtlichen Funktionäre mehrheit-

60 | In der Reihenfolge der Zitate: Kluncker: Dummliche Gesetze. In: FR, 5.2.1981; Die ÖTV bläst zum Gefecht. In: NRZ, 6.2.1981; Gewerkschafter schlägt einen recht harten Kurs ein. In: WAZ, 6.2.1981 (die beiden letzten Artikel mit abweichenden Zitaten aus einer Rede von G. Martin).

61 | Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

lich Verständnis; zugleich aber hätten sie »im Innenverhältnis ihrer Gewerkschaft so große Schwierigkeiten, ihre Truppen für uns zu mobilisieren, weil die Vorurteile gegen den öffentlichen Dienst generell so tiefgreifend sind, daß sie dagegen einfach nicht mehr ankämpfen«. Andere Vorstandsmitglieder hatten offenbar Ähnliches erlebt: Das »ständige Einhämmern« von Politikern und Medien auf die angeblich skandalösen Privilegien der Staatsbediensteten prägte die Stimmung selbst unter Gewerkschaftsmitgliedern; dieser »Spaltpilz« gedeihe so prächtig, dass man als Beschäftigter der Öffentlichen Dienstes fast schon »zum Türken Deutschlands« geworden sei.⁶²

Vollends hilflos wurde die ÖTV in der Sicht ihrer Führung aber erst durch die interne Uneinigkeit der Organisation. Wie Heinz Kluncker vor der Großen Tarifkommission sagte, gab es unter den ÖTV-Mitgliedern selbst noch im Februar 1981 »eine breite Stimmung« gegen den offiziellen Forderungskatalog für die Tarifverhandlungen. Zuvor hatte er im Hauptvorstand gewarnt, der Vorschlag der NRW-Landesregierung, die nächste Lohnerhöhung als Einheitsbetrag zu zahlen, bedeute für die ÖTV »innerorganisatorische Spannungen, deren Umfang und Ausmaß wir noch gar nicht richtig einschätzen können«.⁶³

Wie Berichte von der Basis aus Nordrhein-Westfalen zeigen, steckte die ÖTV tatsächlich in einer höchst unangenehmen Zwickmühle: Zahlreiche Kreisverwaltungen meldeten, insbesondere die Arbeiter und Angestellten der kommunalen Versorgungsbetriebe, ohne die es im Öffentlichen Dienst keinen rasch wirkenden Ausstand geben konnte, seien mehrheitlich nicht bereit, für die verlangten sieben Prozent zu streiken. Allenfalls ein hoher Mindestbetrag (genannt wurden Summen zwischen 120 und 180 DM pro Monat) könne sie mobilisieren – gerade dafür aber wollte die ÖTV-Führung auf gar keinen Fall fechten. Vor allem aus kleineren Gemeinden kamen darüber hinaus sogar ganz negative Nachrichten: Die Mitglieder seien verunsichert; Resignation mache sich breit.⁶⁴

62 | Ebd. Die letzten Zitate von Harry Fuchs und Reinhold Mosch.

63 | In der Reihenfolge der Zitate: Rede H. Kluncker vor der GTK, 25./26.2.1981. In: AdsD, Depositum Kluncker, Stehordner 81; Protokoll der 3. Sitzung des HV, 29./30.1.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130080.

64 | Vgl. die Liste der Meldungen in: Ergebnisse der Anfrage betr. Arbeitskampf-bereitschaft, 3.2.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTV C603022. Ferner: Vorsitzender des Bezirksarbeitsausschusses NRW II an die Bezirksleitung NRW II, 17.2.1981. In: ebd.

Ein »blaues Auge« der ÖTV: Der tarifpolitische Kompromiss für 1981

Unter so ungemein negativen Vorzeichen – so sollte man denken – konnte die Tarifrunde für 1981 eigentlich nur zu einem gewerkschaftlichen Desaster werden. Tatsächlich aber kam es dann doch gar nicht so schlimm. Als der Tarifvertrag unterzeichnet war, konstatierte Heinz Kluncker intern, die ÖTV sei »insgesamt mit einem blauen Auge davongekommen«.⁶⁵ Diesen glimpflichen Ausgang verdankte die Organisation allerdings kaum eigener Stärke oder auch nur den eingangs zitierten Drohungen ihres Vorsitzenden. Zumindest in einem der für das Resultat der Tarifrunde zentral wichtigen Punkte hatte sich die Leitung der Gewerkschaft vielmehr erfolgreich selbst Angst eingejagt: Die »Einheitsfront« der Arbeitgeber, der sie sich gegenüber sah, existierte nicht.

Diese Fehldeutung begann bereits bei der Frage, warum die regierenden nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten unversehens für einen Einheitsbetrug warben, den die öffentlichen Arbeitgeber bislang immer als »nivellierend« abgelehnt hatten. Heinz Kluncker und die anderen Mitglieder der ÖTV-Spitze verstanden diesen Vorschlag – wie gesagt – als tarifpolitische Ranküne, als einen raffiniert ausgedachten Versuch, Zwietracht zwischen Führung und Basis der ÖTV zu säen. Dabei unterstellten sie den SPD-Politikern auch Rachsucht, die noch aus dem Jahr 1974 datiere.

Nun hatte der unglückliche vorzeitige Rücktritt Willy Brandts die überzeugten Sozialdemokraten Johannes Rau, Diether Posser und Friedhelm Farthmann sicher nachhaltig geschmerzt. Dennoch wirkt es stark übertrieben, solche Emotionen als Motiv für die politisch äußerst überraschende Kehrtwende einer ganzen Landesregierung zu verstehen. Betrachtet man das weitere sozial- und gesellschaftspolitische Umfeld in der Bundesrepublik seit den späten 1970er Jahren, dann wird – denke ich – ein anderer Hintergrund sichtbar: Mit dem Modell einer nicht-linearen Lohn- und Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst beteiligten sich die drei führenden Männer im NRW-Kabinett an einer Debatte über den Begriff »Solidarität« und dessen praktische Bedeutung im Alltag, die seinerzeit das ganze linke Milieu in der Bundesrepublik beschäftigte. Dabei ging es zentral darum, sozial ausgleichende Maßnahmen auch zur Aufgabe des einzelnen Bürgers zu machen, weil der mit den beständig wachsenden Defiziten in den öffent-

65 | Protokoll der 4. Sitzung des HV, 14./15.5.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130082 B.

lichen Kassen kämpfende Staat an die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten stoße.

Gleichermaßen Anstoß wie wichtiges Element in dieser Debatte war der sogenannte Grottian-Plan, für den der Berliner Politologie-Professor Peter Grottian bereits seit 1978 mit bemerkenswert breitem Echo warb: Nach seinen Vorstellungen sollten gutbezahlte Staatsbedienstete wie Richter, Studienräte und Professoren auf etwa ein bis zwei Prozent ihrer Bezüge verzichten, damit die Öffentliche Hand neue Arbeits- und Ausbildungsplätze einrichten konnte. In Kombination mit einer abgesenkten Eingangsbesoldung im Höheren Dienst, so meinte der Akademiker, würden Mittel für 120.000 bis 225.000 zusätzliche Arbeitsplätze frei – und dieses Angebot sei angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen gerade auch bei jungen Menschen dringend nötig.⁶⁶

In leicht abgewandelter Form präsentierte Grottian sein Modell im Frühjahr 1981 erneut. Der prominente linke SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi und 32 andere Parlamentarier nicht nur aus der SPD, auch Norbert Blüm als Chef der CDU-Sozialausschüsse sowie die Vorsitzenden einiger Wohlfahrtsverbände unterstützten ihn. Dieser neue »Grottian-Plan« forderte eine »Nullrunde« für alle jene Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Jahr 1981, deren Jahresbezüge über 50.000 DM brutto lagen. Die eingesparten Steuergelder sollten für 60.000 neue Stellen ausreichen.⁶⁷

Der überraschende Vorstoß von Johannes Rau und seinen beiden Ministern zugunsten einer Einheitszahlung fiel nicht nur zeitlich mit diesem Vorschlag zusammen: Er entsprang auch den gleichen Überlegungen und war zudem sehr viel präziser als die verschiedenen Varianten des »Grottian-Plans«. Finanztechnisch gehörte die Idee des Berliner Professors wohl eher zu den Milchmädchenrechnungen; zudem blieb durchweg unklar, wie sie eigentlich konkret verlässlich umgesetzt werden sollte, weil Grottian

66 | Vgl. etwa: Es kann nur noch schlimmer werden. In: Der Spiegel 32 (1978), H. 23, S. 65–73, hier: S. 73. Zu Grottians Biografie vgl. die Angaben in: Der Professor für das Politische. In: taz, 8.6.2007.

67 | Peter Grottian: Öffentlicher Dienst: Für neue Arbeitsplätze wäre das Geld schon da. In: FR, 18.3.1981. Vgl. auch: Peter Grottian: Gehaltsstopp 50000 Mark? In: FAZ, 19.2.1981 (ein Leserbrief des Autors); Offener Brief von Peter Conradi und anderen an BMdI Gerhart Baum, 7.4.1981. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 27; Sparen im öffentlichen Dienst – wie und auf wessen Kosten? In: FAZ, 4.5.1981.

immer von einem freiwilligen Verzicht der gutbezahlten Staatsbediensteten auf individueller Basis sprach. Solche offenen Fragen gab es bei den Vorschlägen der nordrhein-westfälischen Regierung nicht; die soziale Begründung aber war die gleiche. Johannes Rau monierte daher mehrfach öffentlich, die ÖTV verhalte sich »unsozial« gegenüber den Arbeitslosen, wenn sie sich gegen die pauschale Lohn- und Gehaltserhöhung sperre. Die aktuellen wirtschaftlichen Probleme seien nur zu überwinden, wenn die Öffentliche Hand ihre Investitionen ausweitere. Dazu müsse man bei konsumtiven Ausgaben wie Löhnen und Gehältern sparen.⁶⁸

Trotz dieser noblen Rechtfertigung war die Einheitszahlung bei den Arbeitgebern aber keineswegs konsensfähig. Über diese Tatsache wurde in den ÖTV-Gremien im Winter 1980/81 überraschend wenig gesprochen. Die »Einheitsfront«, über die Heinz Kluncker klagte, existierte auch an anderer Stelle gar nicht. Die Bundesregierung etwa forderte in internen Beratungen, »keine Positionen aufzubauen, die doch aufgegeben werden müssen«. Die von Nordrhein-Westfalen vorgeschlagenen 80 DM für alle Beschäftigten oder die Forderung nach einer »Lohnpause« im Öffentlichen Dienst, so notierte das Bundeskanzleramt, machten es Heinz Kluncker »angesichts einer kritischen und schon mit der Lohnrunde [19]80 unzufriedenen ÖTV-Basis schwer«, die Gewerkschaftsmitglieder auf realistische Ziele einzuschwören.⁶⁹

Franz-Josef Strauß, der als Rechtsaußen der bundesdeutschen Innenpolitik für viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter das personifizierte Böse darstellte, nutzte die Gelegenheit, sich als Freund der Beamten und aller Staatsbediensteten zu profilieren. Öffentlich versicherte er der ÖTV-Führung, er habe »volles Verständnis« für ihre Proteste gegen geplante

68 | Kluncker: Dummliche Gesetze. In: FR, 5.2.1981. Akten der NRW-Ministerien, die genauer über die politischen Hintergründe der Vorschläge von Johannes Rau informieren, standen für dieses Projekt nicht zur Verfügung. Auf Anfrage des Verfassers konnte das Nordrhein-Westfälische Landesarchiv in seinen Beständen keine thematisch einschlägigen Akten zur Tarifrunde für 1981 ermitteln (Auskunft an KCF v. 3.2.2014). Die edierten Protokolle des Landeskabinetts helfen in dieser Sache nicht weiter, da es sich um rein auflistende Ergebnisprotokolle handelt.

69 | In der Reihenfolge der Zitate: Aufzeichnung über das Ergebnis des Ministergesprächs beim Bundeskanzler zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, 4.3.1981; Vermerk von Referat 132 für den Chef des Bundeskanzleramts, 30.1.1981. Beide in: BArch Koblenz, B 136, 15823.

»Sonderopfer« der Mitarbeiter von Bund, Ländern und Gemeinden: Die finanziellen Probleme der Öffentlichen Hand dürften »nicht allein auf dem Rücken der Angehörigen des öffentlichen Dienstes« gelöst werden. Intern verwahrte sich Strauß gegen die »leistungsfeindliche Gleichmacherei und Nivellierung«, die sich aus den nordrhein-westfälischen Planungen ergebe.⁷⁰ Der von Johannes Rau geforderte offizielle Beschluss im Bundesrat blieb daher aus; die TdL legte sich vielmehr darauf fest, ohne eine vorab ausgehandelte einheitliche Position in die Tarifverhandlungen zu gehen.⁷¹

Einig waren sich die Arbeitgeber nur in zwei Punkten. Zum einen strebten sie geschlossen nach einem Tarifaabschluss, der im Gesamtergebnis die aktuelle Inflationsrate von 4,5 Prozent nicht ausgleichen dürfe. Wegen »des fehlenden Arbeitsplatzrisikos« auch der Arbeiter und Angestellten des Staates sei es angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen nötig, bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen einen »Abstand« zwischen dem Öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft zu halten. Zum anderen kam erneut das Thema der »Übersorgung« für die Rentnerinnen und Rentner aufs Tapet, die im Öffentlichen Dienst gearbeitet hatten. Der hessische Ministerpräsident Holger Börner etwa erklärte, es sei »unerträglich«, dass es die Rentenbezüge in voller Höhe des alten Lohnes dank der Zusatzversorgung immer noch gebe, während das Rentenniveau »für die Masse der Arbeitnehmer« nicht zuletzt wegen des zurückgekehrten Problems der Arbeitslosigkeit schon in naher Zukunft deutlich sinken werde. Helmut Schmidt machte sich diese Position ausdrücklich zu eigen: Man müsse in dieser Sache »öffentlichen Druck« auf die ÖTV ausüben und »notfalls sogar nach gesetzlichen Abhilfemöglichkeiten suchen«.⁷²

Die Verhandlungen über neue Lohn- und Gehaltstarifverträge, die nach dem langen Vorgeplänkel schließlich im März 1981 ernsthaft begannen, verliefen dann weitaus weniger ungewöhnlich, als es angesichts der Vorge-

70 | In der Reihenfolge der Zitate: Strauß versteht Kluncker. In: FR, 31.12.1980; Ministerpräsident Franz-Josef Strauß an Ministerpräsident Johannes Rau, 30.12.1980. In: BArch Koblenz, B 136, 15823 (die Rechtschreibung dieses Fernschreibens wurde stillschweigend korrigiert).

71 | Vorstand der TdL an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, 8.1.1981. In: BArch Koblenz, B 222, 1334.

72 | Ergebnisprotokoll der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder, 13.3.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823.

schichte zu erwarten gewesen war. Nach einem bereits vielfach erprobten Modell verzögerten die Tarifparteien die Beratungen in stillschweigendem Einvernehmen erst einmal durch folgenlose Treffen in Stuttgart, weil sie noch auf den ersten Tarifabschluss für die Metallindustrie warteten.⁷³ Zumindest im Bundesinnenministerium wurden auch die scharfen Töne, die Heinz Kluncker – wie oben zitiert – dennoch nach einiger Zeit gegenüber den Arbeitgebern anschluss, nicht ernst genommen. Der ÖTV-Vorsitzende agiere eigentlich »sehr moderat« und mit stetem Blick auf die allgemeine Öffentlichkeit: »Er möchte der Presse keine Gelegenheit geben, über den öffentlichen Dienst ›herzufallen‹.« Gleichzeitig aber müsse er Rücksicht auf die Stimmung in der Gewerkschaft nehmen: »Der aufgestaute Ärger in der ÖTV, insbesondere beim Landesverband NRW, konnte von Kluncker nicht mehr gebremst werden.« Seine Drohungen seien daher im Wesentlichen nur »Theaterdonner«, der die eigenen Mitglieder beeindrucken solle – auch um zu beweisen, dass die ÖTV »nicht als ›Trittbrettfahrer‹ der IG Metall« handle.⁷⁴

In der Schlussphase der Verhandlungen, als das Resultat der Metallindustrie (ein Plus von 4,9 Prozent, das erst nach einem Streik im Tarifbezirk Württemberg-Baden vereinbart wurde) bereits vorlag, gab es in Stuttgart dann allerdings doch noch echten Streit. Offensichtlich standen die Verhandlungen Ende April 1981 kurz vor dem Scheitern, weil sich die Tarifparteien nicht einigen konnten, ob der »Abstand« gegenüber der Privatwirtschaft – den die ÖTV schon seit 1975 grundsätzlich akzeptierte – mit einem linearen Abschluss über 4,2 Prozent (so das nach langen internen Beratungen entstandene Angebot der Arbeitgeber) oder 4,3 Prozent (die Forderung der ÖTV) richtig bemessen sei. Gegenüber der Großen Tarifkommission sprach Heinz Kluncker bereits von Urabstimmung und Streik: »Wir können nicht mit 4,2 Prozent nach Hause kommen.«⁷⁵

73 | Vgl. dazu: Aktenvermerk von Referat 132 des BMdI über die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, 6.3.1981; Aktenvermerk, 19.3.1981; Aktenvermerk, 13.4.1981. Alle in: BArch Koblenz, B 136, 15823.

74 | In der Reihenfolge der Zitate: Aktenvermerk von Referat 132 über die zweite Runde bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst, 23.3.1981; Aktenvermerk von Referat 132, 30.4.1981. Beide in: BArch Koblenz, B 136, 15823.

75 | Handschriftliche Notizen [von Hans Liersch?] über die Sitzung der GTK, 29.4.1981. In: AdsD, ÖTV NRW II, 5/ÖTVC603022.

Einer der im Tarifgeschäft handelsüblichen Kompromisse half den Kontrahenten schließlich im letzten Moment aus der Klemme: Die ÖTV erhielt die 4,3 Prozent, auf die sie so großen Wert legte; zugleich aber gab es für die bereits vergangenen Monate März und April 1981 für jeden Beschäftigten eine rückwirkende Lohn- und Gehaltserhöhung von pauschal 60 DM pro Monat. Alle Beteiligten konnten so ihr politisches Gesicht wahren: Die Arbeitgeber bekamen einen Abschluss, der in der gesamten zwölfmonatigen Laufzeit unter 4,3 Prozent lag; die nordrhein-westfälische Landesregierung hatte ihren Einheitsbetrag zumindest ansatzweise durchgesetzt, und auch die zahlreichen Freunde tariflicher Sockel in der ÖTV wurden bedient. Für gutbezahlte Staatsbeschäftigte bedeutete der Tarifvertrag allerdings finanzielle Verluste: Ihr Gehaltsplus betrug weniger als vier Prozent; für sie fiel der »Abstand« gegenüber den Einkommenszuwächsen in der Metallindustrie also doch recht deutlich aus. Wie das Bundesinnenministerium notierte, akzeptierte die ÖTV-Führung dieses versteckte Resultat, weil sie fürchtete, die Arbeitgeber könnten die tariflichen Regelungen ansonsten nicht eins zu eins auf die Beamten übertragen: Eine solche »Abkoppelung« der unkündbaren Staatsdiener von den Entwicklungen im Tarifbereich wolle die Gewerkschaft unbedingt vermeiden.⁷⁶

Heinz Kluncker sprach insgesamt dennoch vom zitierten »blauen Auge« der ÖTV. Für die Zukunft aber sah er richtiggehend Schwarz: In der nächsten Tarifrunde werde die Frage der Zusatzversorgung im Zentrum stehen (die 1981 noch ausgeklammert blieb, weil sie in gesonderten Tarifverträgen mit längeren Laufzeiten geregelt war): Die ÖTV müsse dann »mit großer Zähigkeit, großer Beharrlichkeit und Konsequenz« kämpfen, um eine »Demontage« der besonderen Alterssicherung für Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes zu verhindern.⁷⁷

Im Kern lag der ÖTV-Chef mit dieser Prognose völlig richtig: Die ÖTV musste im Winter 1981/82 in der Tat besonders hartnäckig gegen die Arbeitgeber streiten. Allerdings ging es dabei gar nicht um die »Überver-

76 | Aktenvermerk von Referat 132 für den Bundeskanzler zur Übernahme des Tarifabschlusses 1981 auf die Beamten, 3.6.1981. In: BArch Koblenz, B 136, 15823. Als Bestätigung des unter vier Prozent liegenden Resultats bei höherem Einkommen vgl. die Angaben von H. Kluncker in: Protokoll der 4. Sitzung des HV, 14./15.5.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130082 B.

77 | Protokoll der 4. Sitzung des HV, 14./15.5.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130082 B.

sorgung« der Rentner und Rentnerinnen. Im Zentrum der Streitigkeiten stand vielmehr ein Versuch ihres Tarifpartners, die Löhne und Gehälter aller Beschäftigten zu kürzen – und wegen der Besonderheiten des Öffentlichen Dienstes handelte es sich dabei keineswegs nur um eine Forderung. Vielmehr hatten die Arbeitgeber in dieser Sache selbst schon gehandelt, bevor die ÖTV überhaupt ins Spiel kam.

3. Der erste Abwehrkampf: Die Lohn- und Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst in der »Operation 82« und die ÖTV

Ein ganz neuer Schachzug:

Die Beamtenbesoldung als tarifpolitischer Hebel der Arbeitgeber

Zu Beginn der im Winter 1981/82 sehr ungewöhnlich verlaufenden Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst stand ein Beschluss der Bundesregierung. Bereits Anfang September 1981 verabschiedete das Kabinett ein umfassendes Paket von finanziellen Sparmaßnahmen, das neben vielen anderen Maßnahmen auch die Besoldung der Bundesbeamten kürzte. Die Parlamentsfraktionen der beiden Regierungsparteien SPD und FDP stimmten zu – trotz großer Unruhe unter den sozialdemokratischen Abgeordneten: Sie brauchten fast acht Stunden Beratungszeit, um zu einem positiven Votum über das geplante »Haushaltsstrukturgesetz« zu kommen.⁷⁸

Insgesamt wollte die Regierung durch Gesetzesänderungen und Mittelkürzungen rund 25 Milliarden DM für die kommenden drei Haushaltsjahre einsparen. Für diesen Versuch gab es ohne Frage Anlass genug: Mit dem zweiten »Ölpreisschock« verschlechterten sich nicht nur die ökonomischen Aussichten der Bundesrepublik ganz allgemein. Auch die Krise der öffentlichen Haushalte verschärfte sich; in Gemeinden und Bundesländern wie beim Bund drohten neue Rekorddefizite. 50 Milliarden DM betrug die prognostizierte Unterdeckung für 1982 allein im Bundeshaushalt, d. h., das Sparprogramm – das umfangreichste seiner Art in der Geschichte der Bundesrepublik – sollte nur helfen, die jährliche Neuverschuldung unge-

78 | Vgl. etwa: Koalitions-Fraktionen billigen Sparbeschlüsse der Regierung. In: FAZ, 9.9.1981. Als detaillierten Überblick über die geplanten Maßnahmen vgl. etwa: Konsolidieren, Begrenzen, Einsparen: Was das Bonner »Sparpaket« enthält. In: FAZ, 12.11.1981.

fähr weiter auf dem Niveau zu halten, das in den vorangegangenen Jahren erreicht worden war. Steuererleichterungen für Unternehmerinvestitionen sollten gleichzeitig helfen, die Entstehung neuer Arbeitsplätze zu fördern.⁷⁹

CDU und CSU als Opposition bemängelten den Entwurf des »Haushaltsstrukturgesetzes« als völlig unzureichend: Zumal der Abbau der staatlichen Ausgaben erfolge viel zu zaghaft.⁸⁰ Dennoch gab es auf der Sparliste der Regierung gleich mehrere Punkte, mit denen sich die Sozialdemokraten sehr schwer taten, weil damit soziale Leistungen eingeschränkt wurden. Die Handschrift der FDP prägte das geplante Gesetz deutlich stärker als die früheren Versuche der sozialliberalen Koalition, den Bundeshaushalt finanziell zu »konsolidieren«. So sollten etwa sowohl das Kindergeld als auch die staatliche Unterstützung für Schüler und Studenten aus einkommensschwächeren Familien (das BAföG) gekürzt werden.⁸¹

Demgegenüber fand die geplante Senkung der Beamtenbezüge weder in der SPD und in ihrer Bundestagsfraktion noch in den anderen Parteien, den parlamentarischen Gremien oder der breiten Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit. Pro Kopf sollte dieser Einkommensverzicht mit etwas weniger als einem Prozent der Gesamtbesoldung moderat ausfallen; gekürzt wurde ein spezieller Teil der Beamtengehälter, der Ortszuschlag, während das Grundgehalt unangetastet blieb. Den meisten Bundesbeamten droh-

79 | Vgl. etwa: Schuldenberg wächst weiter. In: FR, 4.5.1981; Die meisten Ruhr-Städte sind finanziell am Ende. In: FAZ, 23.9.1981; Mit neuen Schulden die alten bezahlen. In: FAZ, 13.8.1981; Der Schuldendienst der Regierung Rau übersteigt schon die Kreditaufnahme. In: FAZ, 13.8.1981; Jeden Tag 25 Millionen Mark Schulden. In: FAZ, 5.11.1981.

80 | Zur Kritik der CDU/CSU vgl. etwa: Kiep: Keine Solidierung mit diesem Finanzplan. In: FAZ, 24.9.1981, sowie ausführlich auch die Rede des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg (CDU) im Bundesrat am 25.9.1981 in: Verhandlungen des Bundesrates 1981. Stenographische Berichte von der 495. Sitzung am 30.1.1981 bis zur 507. Sitzung am 18.12.1981, Bonn 1981, S. 280–286.

81 | Zu den SPD-internen Widerständen vgl. etwa: Koalitions-Fraktionen billigen Sparbeschlüsse der Regierung. In: FAZ, 9.9.1981, sowie die kritische Rede des linken SPD-Abgeordneten Manfred Coppel im Bundestag am 12.11.1981, der seine Ablehnung des Entwurfs begründete. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 9. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 119, Bonn 1981, S. 3665–3667.

te so ein finanzieller Verlust von monatlich 16 bis etwa 30 DM. Erst in der kleinen Gruppe der »B«-Besoldeten, die ganz an der Spitze der staatlichen Gehaltspyramide standen, ergaben sich deutlich höhere Summen von 100 DM pro Kopf und mehr. Unter den zahlreichen Sparprojekten der Regierung war dies ein Punkt von scheinbar ganz untergeordneter Bedeutung: Im Bundeshaushalt 1982 sollten durch die Kürzung 164 Millionen DM eingespart werden.⁸²

Diese Zahl führte allerdings in die Irre. So erwartete das Kabinett erklärtermaßen, Länder und Gemeinden würden den Beschluss, der nach dem Gesetzentwurf bereits zum 1. Januar 1982 wirksam werden sollte, übernehmen (für die formal eigenständigen Staatsunternehmen Bundesbahn und Bundespost mit ihren zahlreichen Beamten galt selbstverständlich das gleiche). Allein analoge Beschlüsse der Länder und Kommunen erhöhten die Summe der eingesparten öffentlichen Gelder nach den Berechnungen der Bundesregierung auf 604 Millionen DM; mehr als die Hälfte davon kam den Ländern zugute, da sie besonders viele Beamte beschäftigten.⁸³

Selbst damit aber war die Wirkungskraft des Regierungsbeschlusses noch nicht erschöpft: Er kürzte wegen einer tarifrechtlichen Besonderheit, die es nur im Öffentlichen Dienst gab, auch die Besoldung der staatlichen Angestellten. Gerade dieser »Gleichtakt von Beamten- und Tarifbereich« beim Abbau der Bezüge, den das »Haushaltsstrukturgesetz« selbst gar nicht ansprach, war dem Kabinett wichtig. Zum einen ging es so um eine doch ganz andere Summe, nämlich um etwa 1,2 Milliarden DM eingesparte staatliche Personalkosten allein für 1982, wenn man die vermiedenen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zusammenrechnete. Zum an-

82 | Die Zahlenangaben aus: Aktenvermerk der Abt. IV des Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen, 18.9.1981 (Abschrift). In: BArch Koblenz, B 376, 197 (die individuellen Verluste); Vermerk des Referat 132 für den Chef des BKA und den Bundeskanzler, 11.1.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897 (die Einsparsumme). Im komplizierten System der staatlichen Besoldung diente der Ortszuschlag, der das Grundgehalt ergänzte, dazu, lokale Unterschiede der Lebenshaltungskosten auszugleichen. In der Regel war er der finanziell bedeutsamste unter den vielen verschiedenen Zuschlägen, aus denen sich die Gesamtbesoldung eines Beamten zusammensetzen konnte.

83 | Vermerk des Referat 132 für den Chef des BKA und den Bundeskanzler, 11.1.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897.

deren aber hoffte die Regierung, »Zeichen für die Tarifrunde 1982 in allen Bereichen [zu] setzen«, indem sie selbst nicht nur für die Beamten, sondern gleich auch noch für die Angestellten im Staatsdienst vorab schon Fakten schuf.⁸⁴

Öffentlich argumentierten die Kabinettsmitglieder und die Sprecher der Koalitionsfraktionen zwar anders, wenn sie diese intern »Operation 82« genannte Maßnahme erläuterten. Sie sprachen von ihrer Absicht, die Sparmaßnahmen sozial ausgewogen zu gestalten, von Solidarität mit den Arbeitslosen und allgemein von der Notwendigkeit, das Investitionsklima in der Bundesrepublik zu verbessern.⁸⁵ Vieles in den Planungen des Kabinetts erinnerte bezeichnender Weise an den »Grottian-Plan«, der zeitgleich immer noch diskutiert wurde. Allerdings fehlte eine Zusage, die eingesparten Gelder in neue Ausbildungsplätze oder Stellen zu investieren, und die sollte es auch nicht geben: Ein wesentliches Ziel des »Haushaltsstrukturgesetzes« war es, die Personalkosten des Bundes zu senken.

Insbesondere das Argument von der sozialen Balance war sicher durchaus ernst gemeint. Zugleich aber sollte die so unscheinbar wirkende Kürzung der Beamtenbesoldung versteckt als eine allgemein gültige Lohnleitlinie der Bundesregierung wirken. Politiker wie Ludwig Erhard, Karl Schiller oder Willy Brandt hatten zuvor allesamt vergeblich versucht, die Gewerkschaften – und zumal die ÖTV – mit einer solchen Vorgabe zu disziplinieren. Das Kabinett Helmut Schmidts verfolgte 1981/82 dennoch das gleiche Ziel, ging dabei aber einen ganz anderen Weg. Es verzichtete auf moralisierende Mahnungen zum »Maßhalten« ebenso wie auf scheinbar wissenschaftlich exakt erstellte Ratschläge, die informell beraten wurden, oder ex cathedra bekanntgemachte Prozentzahlen und setzte ganz auf das Kleingedruckte im hochkomplexen deutschen Tarifrecht, um die Weichen für eine Senkung der Reallöhne zu stellen, die möglichst nicht nur für die Beschäftigten des Staates gelten sollte.

Dreh- und Angelpunkt des ganzen Vorhabens, allen öffentlich Beschäftigten per Regierungsbeschluss und Gesetz die Bezüge zu kürzen, war die enge Verzahnung der Beamtenbesoldung mit den Tarifverträgen für die

84 | Ebd.

85 | Vgl. etwa die Rede des SPD-Abgeordneten Eugen Glombig im Bundestag am 12.11.1981 in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 9. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 119, Bonn 1981, S. 3681–3685.

Angestellten des Staates, die ÖTV und DAG mit williger Kooperation der Arbeitgeber in den 1960er Jahren entwickelt und ausgebaut hatten. Konkret enthielt der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) einen Passus, nach dem die Ortszuschläge, die den staatlichen Angestellten zustanden, denen der Beamten entsprechen sollten. In den Zeiten der Hochkonjunktur, aus denen der Paragraph stammte, sicherte diese Regelung eine gemeinsame Aufwärtsentwicklung der Beamten- und der Angestelltengehälter. Nun aber drehte die Bundesregierung den Spieß um: Die Kürzung der Ortszuschläge für die Beamten, die sie rechtlich unanfechtbar beschließen konnte, griff nach dem BAT zwingend auch bei den Angestellten. Im Bundesetat wurden diese Einsparungen bei den Gehältern der Angestellten mit dem »Haushaltsstrukturgesetz« daher für 1982 gleich fest eingeplant.⁸⁶

Schwieriger wurde es nur bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der Öffentlichen Hand. Zwar erhielten sie ebenfalls Ortszuschläge; diese aber wurden nicht als selbständiger Lohnbestandteil ausgewiesen und ließen sich daher nicht separat kürzen. Anders war es bei den Laufbahnzulagen – allerdings nahm der Tarifvertrag, der sie regelte, keinen Bezug auf das Beamtenrecht. Der Arbeitgeber, der die Löhne der staatlichen Arbeiter kürzen wollte, brauchte also in jedem Fall neue Verträge, die er mit den Gewerkschaften aushandeln musste. Dieses Problem hielt die Bundesregierung jedoch für lösbar: Sei der Gehaltsabbau für die Beamten und die staatlichen Angestellten erst einmal per Gesetz beschlossen und vollzogen, dann werde man die Gewerkschaften schon dazu bringen, die gleiche Kürzung auch bei den staatlichen Arbeitern zu akzeptieren. Die ja ohnehin starke Kritik am Öffentlichen Dienst in allen Medien werde dabei ebenso helfen wie das Argument von der sozialen Gerechtigkeit bei krisenbedingten Einsparungen.⁸⁷

Da der Tarifvertrag über die Laufbahnzulagen für die Arbeiter mit nur einmonatiger Frist zum Jahresende 1981 gekündigt werden konnte und in dieser Abmachung keine »Nachwirkung« vereinbart worden war (d. h.

86 | Regelt war dies in § 29 BAT. Zu den komplizierten rechtlichen Details vgl. ausführlich: Finanzministerium NRW an den Chef der Staatskanzlei NRW, 18.9.1981 (Abschrift). In: BArch Koblenz, B 376, 197, sowie auch schon: ÖTV-Geschäftsbericht 1961/63, S. 218 f.

87 | Vgl. zusammenfassend: Vermerk des Referats 132 für den Chef des BKA und den Bundeskanzler, 11.1.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897.

die Zulagen entfielen nach einer Kündigung, wenn kein neuer Vertrag abgeschlossen wurde), bot sich den Arbeitgebern zudem ein einfach zu gehender Weg, die ÖTV in dieser Sache durch eigenes Handeln unter Druck zu setzen. Perspektivisch hoffte die Regierung, die Ein-Prozent-Kürzung könne vollständig realisiert sein, bevor die allgemeinen Lohn- und Gehaltsverträge für den Öffentlichen Dienst zum 1. März 1982 ausliefen. Solch ein Auftakt hätte die Tarifrunde – auch in der Privatwirtschaft – ohne Frage stark geprägt.⁸⁸

Taktisch war diese »Operation 82« zweifellos geschickt konzipiert. Die kurze Kündigungsfrist für die Zulagenverträge der Arbeiter erlaubte es der Regierungskoalition, das parlamentarische Verfahren für die Ein-Prozent-Kürzung im Rahmen des »Haushaltsstrukturgesetzes« abzuschließen, ohne handfeste Protestaktionen der ÖTV fürchten zu müssen: Juristisch gesehen konnten sich die Beamten ohnehin nicht wehren, und dies galt im vorliegenden Fall auch für die Angestellten – die Arbeiter aber unterlagen noch der Friedenspflicht.

Für die ÖTV-Führung kam dieser Plan ihres Tarifpartners im September 1981 offensichtlich völlig überraschend. Kurz zuvor erst hatte sie sich in einer Frage bewegt, die das Klima in den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst seit Jahren schwer belastete: Nach langem Widerstand akzeptierte die ÖTV eine erste Reform in der Zusatzversorgung für die Arbeiter und Angestellten des Staates, bei der es um die »Überversorgung« ging. In Verhandlungen mit den Arbeitgebern hatte die Gewerkschaft deren Forderung zugestimmt, die Anrechnungs- und Kürzungsregeln, die im Beamtenrecht galten, wenn ein Pensionär verschiedene Altersbezüge erhielt, künftig für die Versicherten der Zusatzversorgung zu übernehmen. Diese Änderung – in der Sicht der Arbeitgeber nichts anderes als »der deutliche und richtungsweisende Einstieg in den Abbau der Überversorgung« – stand Mitte September 1981 auf der Tagesordnung des Verwaltungsrates der Versorgungsanstalt. Sie wurde wie vereinbart beschlossen; auch die ÖTV-Vertreter hoben dafür die Hand.⁸⁹

88 | Zu den rechtlichen Details vgl. wiederum ausführlich: Finanzministerium NRW an den Chef der Staatskanzlei NRW, 18.9.1981 (Abschrift). In: BArch Koblenz, B 376, 197.

89 | Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 17.9.1981. In: BArch Koblenz, B 376, 197. Die Änderung war ab dem 1. Januar 1982 gültig. Zu den – wieder einmal –

Wenn die Gewerkschaft in diesem Punkt nachgab, obwohl sie die Zusatzversorgung in ihrer bestehenden Form bislang doch immer entschlossen verteidigt hatte, so tat sie das wohl ausschließlich aus taktischen Gründen. Im Januar des Jahres hatten sich alle Parteien im Bundestag in fast identischen Formulierungen klar gegen die »Überversorgung« gewandt und Reformen verlangt. Auch der Sprecher der SPD stimmte dabei mit ein: Altersbezüge von 100 Prozent und mehr des letzten Nettoverdienstes seien »ungerecht gegenüber allen anderen Sozialversicherten« und deshalb »skandalös«. Ausdrücklich versicherte der Abgeordnete, solche üppigen Altersbezüge seien »keine sozialdemokratische Absicht und Politik« – was ihm aus den Reihen der CDU den Zuruf eintrug: »Überzeugt mal den Kluncker!«⁹⁰ In der gleichen Debatte sagte Innenminister Baum, die »Überversorgung« der staatlichen Arbeiter und Angestellten sei »nicht erträglich [...]«. Das paßt nicht in die Landschaft, in der wir uns heute befinden. Das muß geändert werden.«⁹¹

Offenbar beschloss die ÖTV-Führung daraufhin, einen Kampf aufzugeben, der wohl tatsächlich nicht mehr zu gewinnen war. Internes Quellenmaterial dazu fehlt. Die Vermutung liegt aber nahe, dass sie hoffte, die Verhandlungsposition der ÖTV in der kommenden Lohn- und Gehaltsrunde zu verbessern, wenn sie den Arbeitgebern vorab in einem seit Jahren strittigen Punkt entgegenkam. Umso größer war dann der Schrecken, als der Tarifpartner unvermittelt auf Konfrontationskurs ging, während der

sehr komplizierten Details vgl. ausführlich: Wolfgang Philipp: Das Phänomen der Überversorgung. In: FAZ, 2.4.1982. In der Sicht der ÖTV war das Problem der »Überversorgung« mit der Reform endgültig bereinigt (Siegfried Merten: Da läßt sich keine Mark einsparen. In: ÖTV-Magazin 1981, H. 9, S. 13–14).

90 | Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 9. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 117, Bonn 1981, S. 812 (der Abgeordnete Klaus-Dieter Kühbacher). Noch im Sommer 1980 hatte Heinz Kluncker die SPD in deren Parteorgan aufgefordert, sich von der Forderung auf Beseitigung der »Überversorgung« zu distanzieren: »ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß Sozialdemokraten eine soziale Demontage anstreben« (Geblieben ist ein hoher Leistungsdruck. In: Vorwärts, 19.6.1980). Vgl. als Hintergrund der Bundestagsdebatte auch den scharf negativen Artikel zur »Überversorgung« in: Skandalöse Überversorgung im öffentlichen Dienst. In: SZ, 5.11.1981.

91 | Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 9. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 117, Bonn 1981, S. 815.

bisher am stärksten störende Stein des Anstoßes noch aus dem Weg gerollt wurde.

Das geplante »Haushaltsstrukturgesetz« versetzte die ÖTV-Spitze jedenfalls bereits im September 1981 in helle Aufregung. Der Hauptvorstand versammelte sich zu einer seiner sehr seltenen Sondersitzungen, als das Bundeskabinett den Entwurf des »Haushaltsstrukturgesetzes« gerade erst offiziell verabschiedet hatte. Heinz Kluncker fand dabei scharfe Worte sowohl allgemein für das Sparpaket als auch speziell für die geplante Ein-Prozent-Kürzung: Das Gesetz sei »sozial unausgewogen« und widerspreche deshalb dem »sozialdemokratischen Grundanspruch«; der projektierte Lohn- und Gehaltsabbau bei den Beschäftigten des Staates bedeute eine »Kampfansage an die Gewerkschaften und ein Infragestellen der Tarifautonomie«. Die Bundesregierung wolle das Beamtenrecht und den BAT nutzen, um den Öffentlichen Dienst zur »tarifpolitische[n] Schule der Nation« zu machen.⁹²

Eine einstimmig verabschiedete EntschlieÙung machte diesen Protest öffentlich. Der Text verwahrte sich vehement gegen jedes »Sonderopfer« der Staatsbediensteten und bezeichnete das Vorgehen der Regierung als »schamlos«: Mit ihrem Versuch, die Ein-Prozent-Kürzung per Gesetz zu dekretieren, bewiese das sozialliberale Kabinett »ein gebrochenes Verhältnis zu den Arbeitnehmern dieser Gesellschaft« und zur Tarifautonomie. Sogar eine gewichtige historische Parallele wurde gezogen: Der Regierungsplan erinnere an die »Methoden Brünningscher Sparpolitik«.⁹³

Was die scharf formulierte EntschlieÙung (selbstverständlich) verschwie, war die Unsicherheit der gesamten ÖTV-Führung, wie sich die Organisation wehren könne. Diese Selbstzweifel saßen tief. Heinz Kluncker fürchtete, die ÖTV stehe vor einer »ZerreiÙprobe«; Harro Sachße aus Berlin konstatierte: »Eine so vertrackte Situation habe er in seiner ganzen Funktionärstätigkeit noch nicht erlebt.«⁹⁴ Der gesamte Hauptvorstand

92 | Protokoll der außerordentlichen Sitzung des HV, 7.9.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130083. Vgl. auch: Alle Sonderlasten für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abgelehnt. In: ÖTV-Magazin 1981, H. 10, S. 4–5.

93 | Entwurf der EntschlieÙung des ÖTV-Hauptvorstandes zu den Sparvorhaben der Bundesregierung im Haushalt 1982, 6.9.1981. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 28. Vgl. auch: ÖTV will sich Sparbeschlüssen widersetzen. In: SZ, 9.9.1981.

94 | Verwirrender Weise gibt es für die HV-Sitzung am 7. September 1981 zwei unterschiedliche Protokolle in verschiedenen Akten der ÖTV: die eben zitierte

teilte Klunckers negatives Urteil über das Sparpaket der Bundesregierung. Auch sahen alle der versammelten ÖTV-Funktionäre in der Ein-Prozent-Kürzung einen Versuch, die Tarifautonomie über das Beamtenrecht auszuhebeln. Die Organisation müsse dessen Gelingen unbedingt verhindern. Aber niemand war sich sicher, wie es um die Chancen der ÖTV stand, in dieser Auseinandersetzung zu gewinnen.

Die Nachrichten, welche Stimmung bei den Mitgliedern der Gewerkschaft und allgemein bei den Beschäftigten des Staates herrsche, die auf der außerordentlichen Hauptvorstands-Sitzung vorgetragen wurden, ergaben kein einheitliches Bild. Vermerkte einer der ehrenamtlichen Funktionäre »gewaltige Unruhe«, sahen andere überhaupt keine Streikbereitschaft, eine »resignative Grundstimmung« oder doch zumindest »konträre Auffassungen«. Mehrmals berichteten Vertreter der Basis, Gewerkschaftsmitglieder zeigten »Verständnis dafür, daß gespart werden müsse«, oder aber sie teilten sogar die in der Bevölkerung weit verbreitete Vorstellung, die Personalkosten hätten »den Staat an den Rand des Ruins gebracht«. Für die nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen gelte das sogar noch stärker.⁹⁵ Diese höchst unterschiedlichen Aussagen ließen nur einen Schluss zu: Die selbst so empörte und kampfbereite ÖTV-Führung war nicht in der Lage, ihre gewerkschaftliche Macht sicher zu beurteilen.

Gab es in dieser Hinsicht wenigstens Hoffnung, die Streikbereitschaft werde noch entstehen, wenn die Gewerkschaft erst umfassend erkläre, worum es gehe, so waren sich Heinz Kluncker und die anderen Hauptvorstands-Mitglieder gleichzeitig sicher, dass die ÖTV in einem ernsthaften Konflikt über die Ein-Prozent-Kürzung ganz allein stehen werde: Auf Unterstützung der Industriegewerkschaften, so das einhellige Urteil, brauche man nicht zu hoffen. Wie Kluncker berichtete, dominiere im DGB und

Version, die von einer »außerordentlichen Sitzung« spricht, und eine zweite, ausführlichere Version, in der die übliche Zählung der HV-Sitzungen beibehalten wurde. In der zweiten Variante handelte es sich daher um die 5. Sitzung des HV. Da dieser Text ausführlicher ist, wird er im Folgenden ebenfalls zitiert. Auch die beiden Formulierungen oben stammen aus dieser Version: Protokoll der 5. Sitzung des HV, 7.9.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130068.

95 | Zitiert werden in der Reihenfolge der Äußerungen: Friedhelm Heymann (NRW II), Hans Schwarz (Rheinland-Pfalz), Kurt Schneider (Baden-Württemberg), Otto Stettner (Bayern), noch einmal O. Stettner sowie Heinz Hackbarth (Bezirksvorsitzender Berlin). Alle Zitate nach: ebd.

in den Führungen der anderen DGB-Organisationen, die keine Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes vertraten, die Furcht, bei einem Scheitern der Sparbeschlüsse werde die zunehmend brüchige Regierungskoalition von SPD und FDP zerbrechen – und dann bekomme man eine von der CDU geführte Bundesregierung, die »noch Schlimmeres« beschließen werde.⁹⁶

Zumal bei einem Streik gegen den Kürzungsbeschluss, so warnte Kluncker, könne die ÖTV den anderen Gewerkschaften »als Totengräber dieser Regierung mit Vergleichen zu 1974« gelten. Dann drohe ein »Kessel-treiben« gegen die ÖTV gerade im DGB. Sympathie in den Medien und in der Öffentlichkeit werde es ebenfalls nicht geben: So negativ, wie die Stimmung gegenüber den Staatsbeschäftigten nun einmal sei, müsse man mit dem Vorwurf rechnen, »die ÖTV wäre nichts anderes als ein brutaler Interessenvertreter des privilegierten öffentlichen Dienstes [...], wenn man sich berechtigt wehre«. So endete die Hauptvorstandssitzung in höchst unsicherer Stimmung: Einerseits gab es »keine Patentrezepte«, was zu tun sei; andererseits aber teilten alle Anwesenden die Auffassung, es müsse zwingend etwas geschehen, denn sonst sei es mit der Glaubwürdigkeit der ÖTV vorbei.⁹⁷

Aus verschiedenen Gründen befand sich die Gewerkschaft in der Tat in einer höchst unangenehmen Situation. Nicht zuletzt zeigte sich im Herbst 1981 erneut, wie stark die Ereignisse von 1974 die ÖTV immer noch hemmten und belasteten: Solange in Bonn ein Sozialdemokrat regierte, bedrohte sie im Konfliktfall mit gewerkschaftlichen Aktionen fast zwangsläufig immer dessen Ansehen und Macht mit. Insofern war das im Frühjahr 1974 entstandene »Trauma«, das Heinz Kluncker im Vorjahr bei den führenden Männern der SPD diagnostiziert hatte, eben auch ein Trauma der ÖTV. Die Endzeitstimmung, die in den Jahren 1981 und 1982 zunehmend über der sozialliberalen Koalition in Bonn hing, löste dieses Problem keineswegs, sondern intensivierte es wohl eher noch, weil die Regierungsmacht der SPD ohnehin schon stark gefährdet war.

Berücksichtigt man zudem, wie skeptisch die Gewerkschaftsspitze über die Stimmung ihrer eigenen Basis urteilte und wie vertrackt die tarifrechtliche Situation aussah, dann wirkte ein Erfolg der ÖTV ganz un-

96 | Protokoll der außerordentlichen Sitzung des HV, 7.9.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130083.

97 | Ebd.

wahrscheinlich. Nur kurz nach ihrem halb verborgenen Misserfolg in der Tarifrunde für 1980 schien der Organisation im Winter 1981/82 zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine echte Niederlage zu drohen.

Ein gewerkschaftlicher »Triumph«? Der Ausgang der »Operation 82« – und einige unangenehme Wahrheiten über die begrenzte Macht der ÖTV

Diese Niederlage blieb jedoch aus: Nach einigem Hin und Her haben die Arbeitgeber schließlich auf ihren Versuch verzichtet, eine Lohn- und Gehaltskürzung im Öffentlichen Dienst per Gesetz durchzusetzen. Für die Presse war dies ein weiterer »Triumph« der ÖTV und ihres Vorsitzenden: »Man fühlt sich an 1974 erinnert, als ein Kanzler Brandt am »Klotz Kluncker« scheiterte.«⁹⁸ Wenn sie solche Wertungen benutzten, übersahen die Journalisten allerdings, wie wenig die Gewerkschaft durch das Nachgeben der Arbeitgeber konkret gewann: De facto war damit noch nicht einmal deren Forderung nach niedrigeren Löhnen vom Tisch. Zudem entdeckte die ÖTV ausgerechnet in den Streitigkeiten, die zu ihrem zweiten angeblichen »Triumph« führten, dass sie in Tarifaueinandersetzungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nur unter ganz bestimmten Bedingungen gewerkschaftlich kraftvoll agieren konnte – und diese Voraussetzungen waren keineswegs selbstverständlich gegeben.

Im Kern gewann die ÖTV in der Auseinandersetzung um die »Operation 82« zwar keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse über die Grenzen ihrer Macht. Bekanntlich aber macht es doch einen großen Unterschied, wenn bislang eher diffus wahrgenommene Probleme sich plötzlich nicht mehr in den Hintergrund drängen lassen, sondern erstmals klar und deutlich bestimmt werden müssen und auch bestimmt werden können. Dies geschah, als die ÖTV im Frühjahr 1982 einen Streik vorbereitete. Ganz ähnlich wie der Arbeitskampf von 1974, so hatte auch der letzte Erfolg in der Amtszeit Heinz Klunckers für das Selbstverständnis der Gewerkschaft Folgen, die kaum zu dem Begriff »Triumph« passen wollen.

Aber der Reihe nach: Zunächst einmal ließ sich die »Operation 82« für die Bundesregierung sehr vielversprechend an. TdL und VKA bekannten sich ebenfalls zu der Ein-Prozent-Kürzung; die parlamentarische Beratung

98 | In der Reihenfolge der Zitate: Konfuser Kürzungs-Rückzug. In: SZ, 8.2.1982; Heinz Kluncker vor der metallenen Meßlatte. In: Die Welt, 8.2.1982.

des »Haushaltsstrukturgesetzes« in Bundestag und Bundesrat ging trotz heftiger Auseinandersetzungen über Einzelpunkte (wie etwa die Kürzung des Kindergeldes) und trotz eines Vermittlungsverfahrens zwischen der Länderkammer und dem Bundestag zügig über die Bühne. Keine der vielen Änderungen an dem Gesetzentwurf, die von den Abgeordneten und den Ministerpräsidenten durchgesetzt wurden, betraf die abgesenkten Ortszuschläge für Beamte und staatliche Angestellte.⁹⁹

Bruchlinien zeigten sich nur hinter den Kulissen. Viele Kommunalpolitiker fühlten sich von der Bundesregierung »überfahren«, weil die VKA von dem Sparpaket erst erfuhr, als sich das Kabinett darüber schon ganz einig war. Im Präsidium des kommunalen Dachverbandes gab es daher skeptische Stimmen: Die Ein-Prozent-Kürzung »bringe viel Ärger und wenig Geld«. Öffentlich allerdings beteuerten sowohl die Gemeinden als auch die Bundesländer, sie stünden uneingeschränkt hinter dem Regierungsbeschluss.¹⁰⁰

In einem informellen »Spitzengespräch« zwischen Heinz Kluncker und dem Bundesinnenminister sowie Vertretern von TdL und VKA Mitte September 1980 in Bonn erklärte der ÖTV-Vorsitzende erneut, die Gewerkschaft betrachte das »Haushaltsstrukturgesetz« als Versuch, die Tarifautonomie im Öffentlichen Dienst einzuschränken und damit als »Kampfansage«; dieses Gespräch endete mit einer »Verhärtung« der Positionen: Die Bundesländer kündigten an, sie planten im Übrigen auch noch, die Eingangsbesoldung der Länderbeamten deutlich zu kürzen. Dabei wurden Zahlen zwischen sechs und 14 Prozent genannt.¹⁰¹

99 | Vgl. etwa: Die unionsregierten Länder lehnen das Gesetzespaket zum Haushalt ab. In: FAZ, 28.11.1981; Der Bundestag verabschiedet die Spargesetze. In: FAZ, 11.12.1981; Gesetzgebung zur Sanierung des Bundeshaushaltes abgeschlossen. In: FAZ, 19.12.1981.

100 | Auszug aus dem Protokoll der 9. Präsidiumssitzung der VKA, 14.9.1981. In: BArch Koblenz, B 376, 197. Das Präsidium beschloss ausdrücklich, die VKA dürfe »nichts tun, was ihr den Vorwurf einbringen könnte, die Kommunen stünden nicht hinter den Sparbeschlüssen« (ebd.). Für die TdL vgl.: Öffentlicher Dienst: Beamte vergiften. In: Der Spiegel 35 (1981) H. 42, S. 110.

101 | So Heinz Klunckers Bericht in: Protokoll der 7. Sitzung des HV, 10./11.12.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130087. Als Zusammenfassung aus der Sicht der Arbeitgeber vgl.: Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 17.9.1981. In: BArch Koblenz, B 376, 197.

Die Gewerkschaft verlegte sich daraufhin auf Methoden der Geheimdiplomatie. Nach seinen eigenen Angaben traf sich Heinz Kluncker im Oktober 1981 zweimal unter vier Augen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, um über die geplante Ein-Prozent-Kürzung zu reden; parallel führte Siegfried Merten zahlreiche Gespräche mit Mitgliedern der Bundestagsfraktionen sowie mit wichtigen Personen in TdL und VKA. Man geht wohl nicht fehl, wenn man vermutet, dass Merten dabei vor allem mit Sozialdemokraten zusammenkam, denen er ins Gewissen redete.¹⁰²

Was genau hinter den Kulissen geschah, lässt sich nicht rekonstruieren. Eindruck aber scheinen Kluncker und Merten durchaus gemacht zu haben: Anfang November 1981 erwirkte die SPD einen offiziellen Koalitionsbeschluss, die Ortszuschläge für die Beamten und staatlichen Angestellten zwei Monate später zu kürzen als zunächst geplant. Der Gehaltsabbau sollte nun erst zum 1. März 1982 wirksam werden – genau an dem Tag, an dem die nächste Lohn- und Gehaltstarifrunde für den Öffentlichen Dienst offiziell begann. Mit dieser Verschiebung, so erklärte Innenminister Baum, hoffe man, »die Voraussetzungen« für eben jene Verhandlungen zu verbessern.¹⁰³

Einerseits durfte die ÖTV diesen Beschluss, dem sich TdL und VKA wiederum anschlossen, durchaus als einen ersten Erfolg verbuchen. Andererseits aber beharrten die Arbeitgeber in der Sache doch nach wie vor unverändert auf ihrer Position. Bei der befristeten Aussetzung der Kürzung handelte es sich – recht besehen – um eine rein taktische Maßnahme, um einen »Verfahrenstrick«. So sagte es Heinz Kluncker in einem weiteren Spitzengespräch am 5. November 1981: Der Tarifpartner vermeide es durch die Verzögerung, mit einem Gesetz in die laufenden Tarifverträge für die Angestellten im Öffentlichen Dienst einzugreifen und entziehe sich so einer Diskussion, ob dieser Part des »Haushaltsstrukturgesetzes« juristisch überhaupt zulässig sei. Die einseitige Kürzung der Ortszuschläge aber sei immer noch geplant und deshalb gebe es für die Beschäftigten nach wie vor keine gleichberechtigte Mitsprache über ihre Entlohnung. Der geringe Umfang der vorgesehenen Einkommensverluste, so der Vorsitzende, sei irrelevant,

102 | Ebd. Zu den persönlichen Treffen zwischen Kluncker und Schmidt konnten im Rahmen dieses Projektes keine Dokumente ermittelt werden.

103 | Aktenvermerk der VKA-Geschäftsstelle über das Spitzengespräch in Bonn, 5.11.1981. In: BArch Koblenz, B 376, 197.

denn es gehe um das Prinzip: »Nach der gegenwärtigen Willensbildung in der ÖTV werde es keinen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag geben, wenn ein Eingriff des Gesetzgebers nicht von Beginn an ausgeschlossen werde.« Gleichzeitig betonte Kluncker, die Gewerkschaft sperre sich nicht gegen einen Lohnabschluss, der die schwierige Haushaltslage berücksichtige: Sie werde die aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme »verantwortungsbewußt« berücksichtigen. Die Vertreter der Arbeitgeber zeigten sich jedoch unbeeindruckt. Auch sie argumentierten sehr grundsätzlich. Innenminister Gerhart Baum etwa erklärte, es gehe »wohl nicht an«, dass die ÖTV versuche, »den Gesetzgeber zu unterlaufen«.¹⁰⁴

Es folgten offensichtlich weitere informelle Gespräche zwischen der ÖTV-Führung und Mitgliedern der Bundesregierung sowie der Koalitionsfraktionen. Auch der DGB-Bundesvorstand schaltete sich ein. Eine Annäherung aber blieb aus. Die Arbeitgeber kündigten die Zulagenverträge für die beim Staat beschäftigten Arbeiter; sie blieben also bei ihrem Plan, die Ein-Prozent-Kürzung für den gesamten Öffentlichen Dienst durchzusetzen. Daraufhin kündigte die ÖTV ihrerseits zum gleichen Termin alle Verträge über die Zulagen für Angestellte, die nicht im BAT geregelt waren. Bei einem Treffen mit den SPD-Bundestagsabgeordneten drohte Heinz Kluncker den Sozialdemokraten zudem »mit einem härteren Arbeitskampf als 1974«.¹⁰⁵

Seit Ende November 1981 trug er diese Warnung wiederholt auch öffentlich vor. Nur ein endgültiger Verzicht der Arbeitgeber auf die Ein-Prozent-Kürzung noch vor dem 1. März 1982 könne die drohende Konfrontation verhindern: Anderenfalls sei die ÖTV entschlossen, bereits im Januar oder Februar zum Streik aufzurufen, um »die Nervenzentren der öffentlichen Strom-, Wasser- und Gas-Versorgung lahmzulegen«.¹⁰⁶ Mitte

104 | Ebd.

105 | So Kluncker wörtlich in: Protokoll der 7. Sitzung des HV, 10./11.12.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130087. Zu den gegenseitigen Kündigungen der Zulagenverträge vgl. zusammenfassend: Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 29.1.1982. In: BArch Koblenz, B 376, 198.

106 | Dieser Streik soll die Versorgungszentren lahmlegen. In: FAZ, 26.11.1981. Vgl. auch: Kluncker: Sparbeitrag nur im Rahmen von Tarifverhandlungen. In: FAZ, 25.11.1981; Entweder Verzicht auf Kürzungen oder Streik. In: Handelsblatt, 22.12.1981; Kluncker stellt ein Ultimatum. In: SZ, 24.12.1981. Vgl. auch schon:

Dezember begann die Gewerkschaft, sich ganz konkret auf einen Arbeitskampf vorzubereiten. Wie schon 1974 handelte es sich dabei erneut um einen organisatorischen Kraftakt, der viel Geld verschlang. Allein für die Urabstimmung wurden insgesamt 900.000 Stimmzettel in drei verschiedenen Varianten gedruckt und verteilt, weil die Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden jeweils separat befragt werden mussten. Die zahlreichen anderen Papiere – von den Kontrollkarten über die Vollmacht zur Weiterversicherung und den Hinweisen, wie ein Streikender sich zu verhalten habe – entstanden ebenfalls in kurzer Zeit in hohen Auflagen.¹⁰⁷ Alle Bezirks- und Kreisleitungen erhielten zusätzliche Telefonanschlüsse, um die organisationsinterne Kommunikation zu verbessern; ein System der »Schnellverteilung« von Flugblättern und anderem Informationsmaterial wurde aufgebaut.¹⁰⁸

Nach der Erinnerung seines Mitarbeiters Walter Eberhardt hat Heinz Kluncker in dieser Zeit ernsthaft überlegt, ob er aus der SPD austreten solle, weil ihn das Vorgehen der Bundesregierung so empörte. Zugleich aber sei er sich »sehr unsicher« gewesen, was die ÖTV mit ihrem Widerstand gegen das »Haushaltsstrukturgesetz« bewirken könne.¹⁰⁹ Wie Kluncker selbst gegenüber dem Hauptvorstand ausführte, erschwerte gerade ihr erster Teilerfolg den eigenen Abwehrkampf: Eine »direkte Beeinträchtigung der Tarifautonomie« gebe es nach der Verschiebung der Gehaltskürzung auf Anfang März nicht mehr und deshalb stehe es um die »Mobilisierungsfähigkeit« der ÖTV nun nicht mehr so gut, »als wenn ab dem 1. Januar von den Arbeitgebern zugeschlagen worden wäre«.¹¹⁰

Müllberge auf Hamburgs Straßen und Warnstreiks in den Behörden? In: Bild (Hamburg), 26.11.1981 (hier bezogen auf Warnstreiks).

107 | Aktennotiz über die Drucksachen für Urabstimmung und Streik, 16.12.1981. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 30. Konkret wurden 650.000 Stimmzettel für den Bereich der Gemeinden gedruckt, 150.000 für den Bereich Länder und 100.000 für den Bereich Bund. Zu den anderen Papieren, die meist in einer Auflage von 600.000 Stück gedruckt wurden, vgl. ebd.

108 | Vgl. ausführlich die rückblickende Darstellung in: Aktennotiz des Vorstandsssekretariats 6 (Organisations-Sekretariat) über die organisatorische Vorbereitung für Urabstimmung und Streik, 19.2.1981. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 30.

109 | Interview Walter Eberhardt, 16.12.2013.

110 | Protokoll der 7. Sitzung des HV, 10./11.12.1981. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130087.

Aus den Orts- und Betriebsgruppen der Organisation kamen nach wie vor höchst unterschiedliche Nachrichten über die Stimmung der Mitglieder.¹¹¹ Zu den zahlreichen führenden Funktionären, die keine Streikbereitschaft erkennen konnten, gehörte der Vorsitzende selbst. Viele ÖTV-Mitglieder, so Kluncker, würden die entrüsteten Proteste der Gewerkschaft gegen die Forderung der Bundesregierung nicht verstehen. »Macht nicht so ein Theater, der öffentliche Dienst ist schon im Schußfeld genug«, diese Meinung höre er immer wieder, zumal in den für die ÖTV so wichtigen nordrhein-westfälischen Bezirken.¹¹²

Da die Düsseldorfer Landesregierung im Herbst 1981 fast zeitgleich mit ihrem Bekenntnis zu der geplanten Ein-Prozent-Kürzung weitere, eigene Sparmaßnahmen für den Öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen beschloss, hatten die Beschäftigten des Landes und ihre Gewerkschaft in der Tat auch noch andere gewichtige Sorgen: Das SPD-Kabinett wollte in den kommenden Jahren rund 7.000 Stellen (durch Nutzung der »natürlichen Fluktuation«) streichen und hatte deshalb die Neubesetzung frei werdender Posten untersagt.¹¹³

Die Vorbereitungen für eine Urabstimmung aber liefen weiter – begleitet von den der Gewerkschaft nun schon sattsam bekannten katastrophischen Warnungen in den Medien, die bei einem Streik ein »Chaos« in den Großstädten voraussahen und die ÖTV der »Erpressung« bezichtigten.¹¹⁴ Mit Flugblättern, die sich vor allem an die Mitglieder der anderen DGB-Verbände wandten, versuchte die ÖTV dagegen zu halten: Sie kämpfte gegen »staatlich verordnete Arbeitsbedingungen und Einkommen« und

111 | Vgl. etwa die Erklärungen von Harro Sachße (Berlin), Kurt vom Bauer (NRW I) und Kurt Schneider (Baden-Württemberg) in: ebd.

112 | Rede H. Kluncker auf der Sitzung des gHV mit den Bezirksvorsitzenden, 27.1.1982. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 28.

113 | Vgl. genauer: Rundschreiben der ÖTV NRW II, November 1981. In: AdSD, ÖTV NRW II, 5/ÖTV C603024. Die 7.000 Stellen entsprachen etwa zwei Prozent aller Stellen im Landesdienst Nordrhein-Westfalens.

114 | Vgl. etwa: Einer gegen alle. In: Die Welt, 7.1.1982; Eberhard Maseberg: Klunckers alte Kleider. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 15.1.1982; »Bei Lohnkürzung wird gestreikt«. In: Saarbrücker Zeitung, 18.1.1982; Wolf Gunter Brüggemann: Kampf ums Prinzip. In: FAZ, 18.1.1982; Erika Martens: Der Schreck in der Abendstunde. In: Die Zeit, 22.1.1982.

gegen die »Willkür« der Politiker, die von den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ein »Sonderopfer« forderten.¹¹⁵

Ende Januar 1982, wenige Tage vor der für den 3. Februar geplanten Urabstimmung der ÖTV-Mitglieder, trafen die streitenden Parteien erstmals direkt in offiziellen Verhandlungen aufeinander. Formal berieten sie über die gekündigten Zulagen-Tarifverträge; de facto ging es jedoch ganz allgemein um die Ein-Prozent-Kürzung und deren Zusammenhang mit der kommenden Lohn- und Gehaltsrunde. Die ÖTV errang in diesen Beratungen einen unerwarteten Erfolg – allerdings erwies sich bei einem zweiten Blick, wie sehr auch diese erneute Konzession der Gegenseite taktischen Charakter trug. Insofern handelte es sich abermals um ein Resultat, das die Gewerkschaft vor neue Probleme stellte.

Der Vorgang an sich war in Tarifstreitigkeiten für den Öffentlichen Dienst nicht neu: Bei den Besprechungen in Stuttgart am 28. Januar 1982 scherten die Gemeinden aus der bislang geschlossenen Front der Arbeitgeber aus. Konkret erklärten die Vertreter der VKA, sie würden die Ortszuschläge für Beamte und Angestellte auch im März »freiwillig« weiter in alter Höhe auszahlen. So könne dann eine normale, nicht vorbelastete Tarifrunde für die Arbeiter und Angestellten der Kommunen beginnen, in der über alle Lohn- und Gehaltsfragen zu sprechen sei. Damit war die Forderung der ÖTV, die Arbeitgeber müssten auf die dekretierte Kürzung verzichten, zumindest von den Gemeinden erfüllt. Der Presse galt Heinz Kluncker deswegen gleich als der eindeutige »Punktsieger« der Stuttgarter Beratungen.¹¹⁶

De facto aber traf die VKA – wie gesagt – wohl eher eine taktische Entscheidung. So erklärte sie in Stuttgart, sie werde in den kommenden Beratungen auf niedrigere Löhne dringen, weil »auch nach ihrer Meinung die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Beitrag zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben leisten müssen«.¹¹⁷ Ein gemeinsames Kommu-

115 | Flugblatt »ÖTV-Informationen für Mitglieder in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes«, Januar 1982, ein Exemplar in: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 29.

116 | Heinz Henkel: Punktsieger Kluncker. In: SZ, 30.1.1982. Zu den Planungen, die Urabstimmung am 3. Februar durchzuführen, vgl.: Notizen von Hans Liersch über die gHV-Sitzung, 15.1.1982. In: AdsD, ÖTV NRW II, 5/ÖTV C603024.

117 | Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 29.1.1982. In: BArch Koblenz, B 376, 198.

niqué von VKA und ÖTV, über dessen Formulierung die beiden Seiten zehn Stunden lang gestritten hatten, stellte den Verzicht der Gemeinden auf die Ein-Prozent-Kürzung daher ausdrücklich unter »Vorbehalt«.¹¹⁸ Intern erläuterte die Geschäftsführung des Kommunalverbandes, sie habe mit der ÖTV einen »Kompromiss« geschlossen, der vor allem den Städten nütze: Die Friedenspflicht der Kommunalbeschäftigten gelte nun wieder; das »Gesamtpaket« für die künftigen Löhne und Gehälter, über das man ab März mit der Gewerkschaft verhandeln werde, könne die Finanznöte der öffentlichen Haushalte besser berücksichtigen als isolierte Beschlüsse über einzelne Lohnbestandteile.¹¹⁹

Für den, der hinter die Kulissen der internen Beratungen unter den Arbeitgebern schauen konnte, dürfte die VKA-Entscheidung vom 28. Januar 1982 nicht sehr überraschend gekommen sein. Bereits im September des Vorjahres, als die Bundesregierung ihren Plan der Ein-Prozent-Kürzung entwickelte, hatten die Kommunen erklärt, die Arbeitgeber würden mit weiteren Lohnabschlüssen, bei denen der Öffentliche Dienst – wie in den Vorjahren und wie zumal 1981 – hinter den Tarifiergebnissen der Privatwirtschaft zurückbleibe, besser fahren: »Das spare viel Geld« und werde von den Mitarbeitern im Staatsdienst eher akzeptiert, »als wenn ihnen etwas weggenommen wird«.¹²⁰

Auch nach dem »Kompromiss« zwischen ÖTV und VKA war der Konflikt der Tarifparteien also nur vertagt, aber nicht beigelegt – und das unterschied diesen Beschluss der Kommunen grundsätzlich von all den anderen Entscheidungen, mit denen sich die VKA in Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst zuvor gegen Bund und Länder gestellt hatte. Die Reaktion von TdL und Bundesregierung entsprach ebenfalls nicht dem gewohnten Verlauf: Sie schwenkten nicht – wie sonst – auf den Kurs der Gemeinden ein, sondern hielten kategorisch an der im »Haushaltsstruktur-

118 | Bericht von Referat 132 des Bundeskanzleramtes über die Verhandlungen mit der ÖTV, 29.1.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897. Der Streit entstand, weil die VKA eine »Verrechnung« ankündigen wollte. Der »Vorbehalt« als abgeschwächte Formulierung fand schließlich die Zustimmung der ÖTV.

119 | Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 29.1.1982. In: BArch Koblenz, B 376, 198.

120 | Auszug aus dem Protokoll der 9. Präsidiumssitzung der VKA, 14.9.1981. In: BArch Koblenz, B 376, 197.

gesetz« fixierten Kürzung der Ortszuschläge zum 1. März 1982 fest. Das SPD-Kabinett von Nordrhein-Westfalen ging sogar noch einen Schritt weiter: Nur wenige Tage nach der Stuttgarter Tarifrunde diskutierte es über eine Initiative des Landes im Bundesrat, noch weitere Zulagen der Beamten und auch deren Urlaubsgeld zu kürzen. Insgesamt sollte so ein Gehaltsabbau um fünf Prozent erreicht werden.¹²¹

Der vermeintliche »Punktsieger« von Stuttgart stand daher im Februar 1982 vor einer noch schwierigeren Situation als zuvor: Im Gemeindebereich konnte die Gewerkschaft nicht mehr zum Streik aufrufen; Bund und Länder aber blieben auf ihrem konfrontativen Kurs. Die bereits vollständig vorbereitete Urabstimmung wurde hastig abgeblasen, um neu zu prüfen, ob und wie die ÖTV einen wirkungsvollen Arbeitskampf organisieren könne, der ganz ohne die Arbeiter und Angestellten der Kommunen auskommen musste. Mit Hilfe ihrer Mitgliederdatei suchte die Gewerkschaft nach möglichen Streikschwerpunkten; ergänzend wurden die Orts- und Bezirksverwaltungen noch einmal befragt. Ein Streik war gewünscht – und zwar ein Streik nach dem Grundsatz: »Je härter und umfassender – desto kürzer.«¹²²

Zwischen diesem Wunsch und den Möglichkeiten der Gewerkschaft lag allerdings eine weite Kluft. Auf einer Sitzung des Organisationssekretariats in der Stuttgarter Hauptverwaltung mit Vertretern der Bezirke, auf der alle verfügbaren Informationen über die Schlagkraft der ÖTV abseits der Gemeinden zusammengetragen wurden, entstand ein düsteres Bild. Fasst man die zahlreichen Berichte zusammen, dann verzeichnete die Organisation nur in den Arbeitsämtern so viele Mitglieder, dass ein wirkungsvoller Streik garantiert zu sein schien. Vor diesem Schritt aber zuckte die ÖTV-Führung zurück, fürchtete sie doch den »Zorn der Arbeitslosen« und

121 | Vermerk des Finanzministeriums NRW über Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, 7.2.1982. In: AdsD, ÖTV NRW II, 5/ÖTVB603023. Dieser Vermerk wurde der ÖTV-Organisation in Nordrhein-Westfalen offensichtlich hinter den Kulissen zugespielt. Zur unnachgiebigen Position von Bund und TdL in den Stuttgarter Verhandlungen vgl.: Rundschreiben der VKA-Geschäftsstelle, 29.1.1982. In: BArch Koblenz, B 376, 198.

122 | Notizen von Hans Liersch zu einem möglichen Arbeitskampf, o. D. [Februar 1982]. In: AdsD, ÖTV NRW II, 5/ÖTVB603024. Zur Absage der Urabstimmung vgl.: Protokoll der Sitzung des Vorstandsekretariats 6 (Organisations-Sekretariat), o. D. [Februar 1982]. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 30.

damit zugleich einen gravierenden Schaden an ihrem ohnehin schon nicht gerade günstigen öffentlichen Image. In den Bezirksleitungen gab es zudem offensichtlich starke »Skrupel«, gerade diese staatlichen Einrichtungen stillzulegen.¹²³

Ließe man die Arbeitsämter außen vor, dann aber wäre bei der ÖTV ohne die Gemeindemitarbeiter »weitgehend die Luft raus«. Zwar zählten die meisten Hausmeister in staatlichen Schulen zu den Mitgliedern der Organisation. Ob man deren Herrschaft über die Heizungsanlagen nutzen sollte, um den Schulbetrieb lahmzulegen, und ob man so wirklich zu einem »harten« Arbeitskampf kam, der die Arbeitgeber beeindruckte, das war unter den versammelten Funktionären jedoch heftig umstritten. In den Landesministerien ging, wie mehrfach berichtet wurde, abseits einiger technischer Dienste und der Fahrbereitschaften in der Regel »gar nichts«. Etwas besser sah es wohl in Bonn aus; zugleich aber waren die meisten dieser »Kollegen« und »Kolleginnen« in den Bundesministerien nach den Worten des zuständigen Berichterstatters »natürlich gleichzeitig noch Parteifreunde«. Persönlich merkte er an, die gewerkschaftliche Solidarität dieser Mitglieder solle in der aktuellen Situation besser »ganz zurückhaltend« beurteilt werden. Als potenzielle Streikschwerpunkte blieben der Gewerkschaft daher nur nachrangig bedeutsame Einrichtungen von Bund und Ländern wie etwa die Eichämter oder die Zentrale der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in München.¹²⁴

Siegfried Bußjäger, der die Versammlung als Vertreter des gHV leitete, formulierte gegen Ende der langen Debatte ein eindeutiges Fazit: »die Lage ist nahezu hoffnungslos«. Die ÖTV müsse sich eingestehen, dass sie nur dann eine starke Gewerkschaft sei, wenn sie es mit allen drei Gruppen der öffentlichen Arbeitgeber gleichzeitig zu tun habe. Ohne die Tarifgemeinschaft ihrer Verhandlungspartner fehle der ÖTV hingegen das »Durchsetzungsvermögen [...], das wir haben müssen«.¹²⁵

In der Krise klein beizugeben, kam für die Gewerkschaft jedoch selbstverständlich nicht in Frage. Die Urabstimmung wurde erneut angesetzt, diesmal für den 10. Februar und nur für die ÖTV-Mitglieder, die beim Bund und

123 | Protokoll der Sitzung des Vorstandsekretariats 6 (Organisations-Sekretariat), o.D. [Februar 1982]. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 30.

124 | Ebd.

125 | Ebd.

den Ländern beschäftigt waren.¹²⁶ Nach Lage der Dinge stand die Verbandsführung bei dieser Abstimmung vor einer echten Zitterpartie: Niemand war sich sicher, ob in beiden Gruppen die jeweils nötige Zustimmung von mindestens 75 Prozent für einen Arbeitskampf zustande kommen werde.¹²⁷

Diese doppelte Nagelprobe blieb der Gewerkschaft – wie gesagt – dann allerdings erspart. Überraschend erklärten Bundesregierung und TdL auf einem weiteren Treffen der Tarifpartner am 5. Februar 1982, sie wollten sich dem Vorgehen der VKA nun doch anschließen: Die Kürzung der Ortszuschläge ab März werde für die Beamten durch einen zeitgleich eingeführten neuen Zuschlag wieder ausgeglichen; bei den Angestellten zahle man freiwillig weiter. Ähnlich wie die Gemeinden verwiesen auch Bund und Länder jedoch ausdrücklich auf ihren »Vorbehalt der Verrechnung«, d. h., an ihrer »Kürzungsabsicht« hielten sie fest. Befriedigt konstatierten die zuständigen Experten im Bundeskanzleramt, der Beschluss habe unmittelbar »zu einer wesentlichen Verbesserung des Verhandlungsklimas« geführt. Die ÖTV akzeptierte die Erklärung ihrer Verhandlungspartner, und damit galt die Friedenspflicht nun auch wieder für die Beschäftigten von Bund und Ländern.¹²⁸

Vorangegangen waren intensive Beratungen vor allem innerhalb des Bundeskabinetts, die man zu einem guten Teil wohl als Auseinandersetzung zwischen SPD und FDP verstehen darf. Bereits am 27. Januar hatte in Bonn ein Ministergespräch unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt stattgefunden, in dem deutlich wurde, wie uneinig sich die Regierungspartner waren: Während der Bundeskanzler meinte, Arbeitgeber und Gewerkschaft sollten in der Frage der Ein-Prozent-Kürzung »aufeinander zugehen«, weil bei dem Beschluss darüber »im Sommer 1981 von beiden Seiten Fehler gemacht worden seien«, warnten Innenminister Baum und Vizekanzler

126 | Ebd.

127 | Rede H. Kluncker auf der Sitzung des gHV mit den Bezirksvorsitzenden, 27.1.1982. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 28.

128 | Aktenvermerk von Referat 132 über den Ablauf der Verhandlungen mit der ÖTV am 5. Februar 1982, 8.2.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897. Zur praktischen Umsetzung des Beschlusses durch ein »Vorschaltgesetz« für das »Haushaltsstrukturgesetz« vgl. etwa: Helmut Herles: Mierscheidt und andere Absurditäten. In: FAZ, 16.2.1982; Die Besoldungskürzungen aus dem Haushaltsgesetz herausnehmen? In: FAZ, 3.3.1982.

Hans-Dietrich Genscher, ein »Nichtvollzug« der Kürzung zum 1. März könne der Bundesregierung »leicht als Schwäche ausgelegt werden«.¹²⁹

Dieser zunächst noch offen gelassene Konflikt wurde Anfang Februar mit dem eben skizzierten Beschluss entschieden. Nach Presseinformationen geschah dies auf höchster politischer Ebene in einer Beratung nur von Schmidt, Genscher und Baum unmittelbar vor dem Zusammentreffen mit der ÖTV. Die letztlich wohl von ihm persönlich durchgesetzte Korrektur des »Haushaltsstrukturgesetzes« brachte dem Kanzler durchaus Ärger ein. Gemeinschaftlich protestierten die finanzpolitischen Experten der beiden Regierungsparteien, die im Haushaltsausschuss des Bundestags saßen: Mit ihrer einsamen Entscheidung seien der Kanzler und die beiden FDP-Minister dem Parlament »in den Rücken gefallen«; die mühsam erarbeiteten Sparbeschlüsse würden so »wertlos gemacht«, denn schließlich entstehe nun der Eindruck, »daß es der ÖTV unter Vorsitz Klunckers möglich gewesen sei, die Gesetzgebung des Bundestages entscheidend zu beeinflussen«. Allerdings brachte eine Vereinbarung der beiden Fraktionsführungen, die Angelegenheit öffentlich nicht weiter zu diskutieren, die koalitionsinternen Dissidenten rasch wieder zum Schweigen.¹³⁰

Wie erwähnt verstand auch die Tagespresse den Beschluss von Bundesregierung und Bundesländern als eindeutigen Sieg der ÖTV. Dabei war zum einen in der Sache aber noch gar nichts entschieden – und zum anderen lässt sich darüber hinaus wohl berechtigt fragen, ob der Bundeskanzler nicht in Wirklichkeit vor allem deshalb auf die einseitige Ein-Prozent-Kürzung verzichtete, weil er die ÖTV-Führung nicht noch weiter schwächen wollte. Zwar wusste man in der Bonner Ministerialbürokratie offensichtlich nicht genau, wie negativ die Gewerkschaft ihre Streikmöglichkeiten einschätzte. Furcht vor einem Arbeitskampf wird in den überlieferten Regierungsakten zum Tarifkonflikt 1981/82 aber nirgends deutlich.¹³¹

129 | Aufzeichnung über das Ergebnis des Ministergesprächs beim Bundeskanzler zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, 27.1.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897.

130 | In der Koalition Streit um die Aufhebung des Ein-Prozent-Abschlags bei den Beamten. In: FAZ, 11.2.1981.

131 | Vgl. vor allem die umfangreichen Papiere des Referats 132 im Bundeskanzleramt, in denen ein eventueller Streik durchweg sehr nüchtern behandelt wird. In: BArch Koblenz, B 136, 31897.

Der höchst ungewöhnliche Beschluss der Bundesregierung, ein für sie politisch zentral bedeutsames Gesetz, das noch gar nicht in Kraft getreten war, vorab zu korrigieren, kann daher durchaus als eine Art Freundschaftsdienst gegenüber der bedrängt dastehenden Spitze der ÖTV gedeutet werden: Zumindest der Arbeitskampf, der die Gewerkschaft nach Lage der Dinge wohl eher öffentlich bloßgestellt als gestärkt hätte, konnte so entfallen. Ein persönlicher Kontakt zwischen dem Kanzler und Heinz Kluncker, der offensichtlich leicht herzustellen war, wenn es um wichtige Dinge ging, mag geholfen haben, diese Lösung zu finden – aber das ist eine Vermutung, die sich nicht verifizieren lässt.

Da Urabstimmung und Streik mit der Erklärung der Arbeitgeber vom 5. Februar 1982 überflüssig wurden, begann im März und April eine Lohn- und Gehaltstarifrunde, die scheinbar ganz nach den üblichen Regeln verlief. Die Beratungen führten jedoch zu keiner einvernehmlichen Lösung. Es folgte auf Verlangen der Arbeitgeber ein Schlichtungsverfahren, an dessen Ende ein Kompromissvorschlag der beiden unparteiischen Schlichter stand, den ÖTV und Arbeitgeber Ende April schließlich billigten.

Die ÖTV akzeptierte für das Jahr 1982 letztlich einen Abschluss, der Bund, Länder und Gemeinden finanziell insofern zufrieden stellte, als die Löhne und Gehälter der öffentlichen Arbeiter und Angestellten real unter den Vorjahresstand sanken. Auch lag das Gesamtergebnis (ein Plus von 3,15 Prozent bei einer zwölfmonatigen Laufzeit) um etwa einen Prozentpunkt niedriger als das Durchschnittsergebnis in den Tarifabschlüssen für die Privatwirtschaft. Zufrieden konstatierte Helmut Schmidt im Kabinett: »Das wesentliche Einsparziel im öffentlichen Dienst sei erreicht.«¹³²

Intern urteilte Heinz Kluncker ganz ähnlich: Die vereinbarten Verträge bedeuteten »keine Reallohnsicherung«. Mehr sei jedoch nicht zu erreichen gewesen: »Ich sehe keine Möglichkeit, die ÖTV in ein Abenteuer zu stürzen.« Immerhin habe sich die Gewerkschaft in einer für sie sehr schwierigen Situation aber noch gut behauptet. »Kein Sieg – für keine Seite«, so lautete sein Fazit.¹³³

132 | So auf der 74. Kabinettsitzung am 28. April 1982. Einzusehen in: Kabinettsprotokolle Online, www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1982k/kap1_1, letzter Zugriff: 4.2.2016.

133 | Notizen [von Hans Liersch?] über die Sitzung der GTK, 29.4.1982. In: AdsD, ÖTV NRW II, 5/ÖTV603024. Der Tarifvertrag sprach von einem Plus von 3,6

Damit hatte Kluncker zumindest insofern recht, als der Tarifaabschluss der Gewerkschaft keine offensichtliche Niederlage bereitete: Der Abbau der Reallöhne, den die Regierung erreichen wollte, fand zwar statt; er erfolgte aber nur versteckt und auch nicht per Gesetz, sondern nach den Regeln der Tarifautonomie. Ebenso versteckt blieb ein weiterer Erfolg der Arbeitgeber: Indem sie dem Einigungsvorschlag der Schlichter zustimmte, verpflichtete sich die ÖTV zu einer noch im gleichen Jahr beginnenden Verhandlungsrunde zum Abbau der »Überversorgung«. Nach Lage der Dinge konnte die Gewerkschaft den Arbeitgebern dabei keinen wirkungsvollen Widerstand mehr entgegensetzen.¹³⁴ Zudem beschlossen die Arbeitgeber nur kurz nach dem Ende der langen Tarifverhandlungen, die Beamtengehälter im Jahr 1982 erst mit dreimonatiger Verzögerung an die neuen Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst anzupassen, d. h., sie sparten bei dieser Gruppe der Beschäftigten noch einmal zusätzlich Geld ein.¹³⁵

Die Lohn- und Gehaltstarifrunde für 1982 endete also genauso, wie sie begonnen hatte: mit einem Beweis, dass die Finanznot der Öffentlichen Hand den Umgang der Politiker mit den Arbeitnehmern im Staatsdienst gravierend veränderte. Sogar die den staatlichen Arbeitgebern zuvor stets so wichtige Einheit von »Beamten- und Tarifbereich« war nun nicht mehr selbstverständlich gesichert. Die Regeln, an denen sich die ÖTV in ihrer Arbeit für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst seit den 1950er Jahren orientiert hatte, verloren offensichtlich stark an Bedeutung – und darauf reagierte die Gewerkschaft: So gab es in den neu ausgehandelten Tarifver-

Prozent (bei einer Forderung von 6,5 Prozent). Diese Erhöhung galt aber erst ab dem 1. Mai 1982. Für die vorangegangenen Monate März und April erhielten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 40 DM. Vgl.: ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83, S. 140f. Mit 20 DM pro Monat lag das sozial ausgleichende Element der Abmachung niedriger als je zuvor, d. h., es dürfte nur ganz wenigen Beschäftigten eine insgesamt überdurchschnittliche Lohnerhöhung gebracht haben. Zu den Details vgl. auch: Schlichterspruch im öffentlichen Dienst angenommen. In: FAZ, 30.4.1982.

134 | Vgl. zu den Details der im Sommer 1983 verabschiedeten neuen Version der Zusatzversorgung, die keine Gesamtversorgung mehr zulassen sollte, die über 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts hinausging: ÖTV-Geschäftsbericht 1980/83, S. 162–165. Diese Bestimmungen traten zum 1. Januar 1985 in Kraft.

135 | Zur heftigen Kritik der Beamtenverbände, der ÖTV und des DGB vgl. etwa: Kritik an Besoldungserhöhung zum 1. August. In: FAZ, 8.2.1982.

tragen für die Gehaltszulagen der Angestellten keinen Verweis mehr auf das Beamtenrecht. In den Beratungen hatte die ÖTV noch unnachgiebig auf dieser Forderung bestanden.¹³⁶

Indem die Gewerkschaft damit die auf der Hand liegenden Lehren aus der »Operation 82« zog, verabschiedete sie sich allerdings indirekt von der Hoffnung auf ein einheitliches Dienstrecht, das die Beamten zu Arbeitnehmern mit normalen Rechten machen sollte. Mit den neuen Zulageverträgen verzichtete die ÖTV auf ihre Strategie, dieser Reform den Weg zu bereiten, indem sie Beamten- und Tarifrecht miteinander verzahnte. Stillschweigend stufte sie ihr Langzeitprojekt damit auf die Stufe einer reinen Forderung herab, die mit der konkreten gewerkschaftlichen Arbeit nichts mehr zu tun hatte. Da die Idee der Dienstrechtsreform eng mit den Neuordnungsplänen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre zusammenhing, bezeichnete das Jahr 1982 also auch in dieser Hinsicht den Schlusspunkt einer Epoche.

4. Weichenstellungen unmittelbar vor dem Rücktritt: Heinz Klunckers gewerkschaftliche Arbeit in den letzten Monaten seiner Amtszeit

Der »Neue Heimat«-Skandal und die Wahl des neuen DGB-Vorsitzenden

Im Winter 1981/82 stand es um Heinz Klunckers Gesundheit – wie oben geschildert wurde – äußerst schlecht. Zugleich aber war der ÖTV-Chef sowohl in der Gewerkschaft als auch in Verhandlungen mit den Arbeitgebern fast ununterbrochen stark gefordert: Der Tarifstreit im Öffentlichen Dienst begann ungewöhnlich früh, nämlich schon im September 1981, und er endete mit der Annahme des Schlichterspruchs erst Ende April 1982. Bereits im Januar des Jahres fasste Kluncker wohl den Entschluss, sein Amt vorzeitig abzugeben, weil er sich den Belastungen und Anforderungen, die der ÖTV-Vorsitz mit sich brachte, gesundheitlich nicht mehr gewachsen fühlte. Erst Anfang Juni aber informierte er den ÖTV-Vorstand. Er blieb auf dem

136 | Vermerk von Referat 132 über die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, 8.2.1982. In: BArch Koblenz, B 136, 31897; Rede H. Kluncker zur Eröffnung der Tarifverhandlungen, 12.3.1982. In: Archiv Ver.di, Bestand Kluncker, 46.

Posten, obwohl ihn seine Ärzte immer eindringlicher aufforderten, sofort auszuscheiden.

Dieses Pflichtbewusstsein trotz stark schwindender Kräfte und tatsächlich wohl akut drohender Lebensgefahr zeigte Kluncker, weil es für einen prominenten und öffentlich stark präsenten Gewerkschaftsführer, wie er es war, kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt als das Frühjahr 1982 geben konnte, um überraschend zurückzutreten. Während sich die Tarifstreitigkeiten für den Öffentlichen Dienst immer noch weiter hinzogen, entwickelte sich nämlich zusätzlich seit Februar einer der größten politischen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer schweren Belastung für den DGB und die gesamte bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung. Gemeint sind die Enthüllungen über die finanziellen Machenschaften, mit denen sich die Geschäftsführer des gewerkschaftseigenen Baukonzerns »Neue Heimat« (NH) hinter der gemeinnützigen Fassade des Unternehmens schamlos persönlich bereichert hatten. Heinz Kluncker war in dieser Affäre, die das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften schwer ramponierte, gleich doppelt gefordert. Er saß seit langen Jahren im Aufsichtsrat der NH; zudem musste er als eines der wichtigsten Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes mit darüber beraten, wie der gewerkschaftliche Dachverband in der Krise reagieren sollte, um zu retten, was zu retten war.

Bekanntlich begann die öffentliche Aufarbeitung der vielen Dinge, die bei der NH im Argen lagen, Anfang Februar 1982 mit einer Titelgeschichte des Hamburger *Spiegel*. Es folgten zwei weitere umfangreiche Enthüllungsgeschichten des Magazins, die zeigten, wie groß der Millionenschaden war, den die NH-Manager mit ihrer persönlichen Raffgier angerichtet hatten.¹³⁷ Auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer, Chef der IG Metall, gerieten in diesem Skandal ins Zwielficht: Sie hatten sich privat an speziellen Baugesellschaften der NH beteiligt, die einen Anleger auch ganz ohne Eigenkapital zum Immobilienbesitzer machten, weil sie öffentliche Subventionen und die Steuersparmöglichkeiten der gutverdienenden Bundesbürger konsequent ausnutzten. Dabei geschah zwar nichts Illegales; mit den hehren gewerkschaftlichen Idealen der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität mit den Schwachen ließ sich diese sehr speziell-

137 | Vgl. vor allem: Peter Kramper: NEUE HEIMAT. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950–1982, Stuttgart 2008, S. 596–606.

le Form der Vermögensbildung, die der Konzern nur seinen Mitarbeitern und anderen »Insidern« angeboten hatte, aber ganz offensichtlich nicht vereinbaren.¹³⁸

Hinter all diesen unappetitlichen Enthüllungen der Journalisten, die auf einzelne Personen zielten, ließ sich der wahre und viel größere NH-Skandal im Frühjahr 1982 erst erahnen: Das riesige Unternehmen mit seinen mehr als 200.000 Wohnungen allein in der Bundesrepublik war stark unterkapitalisiert, in zahlreiche hochriskante spekulative Auslandsgeschäfte verstrickt und katastrophal überschuldet. Hinter dieser Schieflage stand die bedenkenlose Expansionsstrategie der Unternehmensführung, die gemeinnützige und gewinnorientierte Aktivitäten intransparent miteinander vermengte und plump ein ewiges Wachstum der Baubranche voraussetzte. Die Aufarbeitung dieser Probleme sollte den DGB und die deutsche Öffentlichkeit noch auf Jahre hinaus intensiv beschäftigen. Zunächst einmal aber ging es vor allem um Personen und um individuelle Verantwortung.

Als langjähriger NH-Aufsichtsrat war Heinz Kluncker zwar ganz direkt Teil des »Neue Heimat«-Skandals; ein persönliches Fehlverhalten aber konnte ihm niemand vorwerfen. So hatte der ÖTV-Vorsitzende als einziger der 20 Aufsichtsräte zumindest bei einigen Gelegenheiten kritische Fragen zu den Auslandsgeschäften des Konzerns gestellt, die mit dem gemeinnützigen Auftrag eines Gewerkschaftsunternehmens wenig bis gar nichts zu tun hatten. 1977 sprach er von »gravierenden Fehlern« des NH-Managements; im Dezember 1979 warf er Albert Vietor, dem zentralen Mann des Konzerns, sogar »arglistige Täuschung« vor, weil dieser die Risiken der internationalen Projekte verschleiert hatte. In beiden Fällen ließ sich Kluncker allerdings besänftigen; seine Kritik blieb letztlich folgenlos.¹³⁹ Da der Aufsichtsratsvorsitzende Heinz Oskar Vetter den Kurs der NH-Führung ohne Wenn und Aber bejahte und verteidigte, verfügte Heinz Kluncker in dieser Sache allerdings nur über geringe Handlungsmöglichkeiten.¹⁴⁰

138 | Ebd., S. 596 f. Vgl. auch: Vetter hat etwa 200.000 Mark angelegt. In: FAZ, 19.2.1982.

139 | In der Reihenfolge der Zitate: Andreas Kunz (Hrsg.): Die Akte NEUE HEIMAT. Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982–1998, Frankfurt/Main und New York 2003, Bd. 1, S. 55 (zitiert wird aus der Einleitung des Herausgebers); Kramper: NEUE HEIMAT, S. 564.

140 | Kramper: NEUE HEIMAT, ebd.

Von den finanziellen Durchstechereien Vietors und seiner Kollegen in der NH-Geschäftsführung wusste Kluncker nichts, da sie vor dem Aufsichtsrat noch aufwendiger verborgen wurden als der spekulative Charakter der vielen ausländischen Investitionen. Auch an den fragwürdigen steuersparenden Baugesellschaften der NH hatte sich der ÖTV-Vorsitzende nicht beteiligt. Überhaupt unterschied sich Kluncker radikal von einem Mann wie Albert Vietor – außer der Herkunft aus bescheidenen Verhältnissen, dem SPD-Parteibuch und der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft gab es zwischen ihnen keine Gemeinsamkeit. Nach Monika Wulf-Mathies' Erinnerung war der NH-Chef Heinz Kluncker bereits »zutiefst zuwider«, als Vietor allgemein noch höchstes Ansehen genoss.¹⁴¹ Der Baumanager war ein selbstherrlicher Autokrat, der wie selbstverständlich stets seinen eigenen Vorteil im Auge hatte und so durch seine Arbeit für ein gemeinnütziges Unternehmen zu richtigem Reichtum kam. In den frühen 1980er Jahren verzeichnete Vietor Jahreseinkünfte von 1,6 Millionen DM; standesgemäß zog er sich nach seinem tiefen Fall vom Amt des NH-Geschäftsführers im Frühjahr 1982 umgehend in seine Villa im Tessin zurück.¹⁴²

Heinz Kluncker hingegen lebte auch noch in den Jahren, in denen er als Vorsitzender der ÖTV monatlich zunächst etwa 5.000 DM und später (ab 1980) dann sogar fast 10.000 DM brutto im Monat verdiente, wie ein ganz normaler bundesdeutscher Kleinbürger. Er bewohnte mit Frau und zwei Kindern ein bescheidenes, gemietetes Reihenhaus am Stuttgarter Stadtrand, in dem er das enge Treppenhaus wegen seiner Leibesfülle in den 1970er Jahren zunehmend nur noch mit Mühe passieren konnte.¹⁴³ Den Sommerurlaub verbrachte die ganze Familie stets am gleichen Ort, in einem fest aufgebockten Wohnwagen an der jugoslawischen Adriaküste, ohne Klimaanlage oder anderen Komfort. Großzügig war Kluncker, wenn es um Essen und Trinken ging; auch Freunde und Gäste bewirtete er liebend gern und ohne Blick auf die Kosten.¹⁴⁴

141 | Interview Monika Wulf-Mathies, 7.4.2015.

142 | Kramper: NEUE HEIMAT, S. 598 f. Vietor war Mitglied der IG Bau – Steine – Erden, hat aber niemals ein Gewerkschaftsamt bekleidet. Er machte seine gesamte Karriere innerhalb der NH. Vgl.: ebd., S. 104–108.

143 | Interview Hajo Graf Vitzthum, 14.6.2014. Vgl. auch die verwunderten Bemerkungen zu Klunckers bescheidenem Wohnhaus in: Vetten: Riese, S. 53.

144 | Interview Elke Stierle, 17.12.2013.

Die Raffgier Vietors und der anderen NH-Manager haben den ÖTV-Chef wohl auch deshalb persönlich tief getroffen, weil diese als Leiter eines besonders großen gewerkschaftlichen Unternehmens das ungeschriebene, aber doch recht präzise umrissene sozialdemokratische Ethos so radikal ignorierten. Kluncker fand in dem NH-Skandal jedenfalls rasch seine Rolle: Er drängte auf rückhaltlose Aufklärung und forderte personelle Konsequenzen selbst dann, wenn kein justiziables Fehlverhalten vorlag. Vor dem ÖTV-Hauptvorstand sagte er im Februar 1982, »seine Linie« im Umgang mit dem Skandal laute »restlose Aufklärung und konsequentes Handeln«.¹⁴⁵ Mit dieser Haltung leistete er der deutschen Gewerkschaftsbewegung wohl einen wichtigen Dienst, denn Kluncker half so im Frühjahr 1982 maßgeblich, die Berufung des Mannes zu verhindern, der bereits offiziell für das Amt des DGB-Vorsitzenden nominiert worden war.

Als einzigen Kandidaten für die Nachfolge Heinz Oskar Vettters, der wegen seines Alters auf dem kommenden DGB-Kongress im Mai nicht wieder kandidieren wollte, benannte der DGB-Bundesvorstand Anfang März 1982 Alois Pfeiffer, den langgedienten wirtschaftspolitischen Referenten des gewerkschaftlichen Dachverbandes und ehemaligen Vorsitzenden der Gartenbau-Gewerkschaft. Pfeiffer aber gehörte zu den gutverdienenden Gewerkschaftsfunktionären, die sich an einem der trickreich konstruierten steuersparenden Bauprojekte der NH beteiligt hatten. Da der NH-Skandal im Laufe der Zeit immer größere Dimensionen annahm und sich zudem herausstellte, dass Pfeiffer seine Baubeteiligung im Wert von 100.000 DM ohne einen Pfennig Eigenkapital erworben hatte, empfand Heinz Kluncker diese von ihm anfänglich noch mitgetragene Personalentscheidung zunehmend als falsch: Persönlich drängte er Pfeiffer, »aus moralischen Gründen« auf die Kandidatur zu verzichten.¹⁴⁶

Der DGB-Funktionär aber sperrte sich; schließlich habe er nichts Gesetzwidriges getan. Erst als Kluncker den stellvertretenden IG Metall-Vorsitzenden Hans Mayr (der den erkrankten und selbst in die Affäre verstrickten Eugen Loderer vertrat) auf seine Seite zog, gab Pfeiffer nach: ÖTV und IG Metall stellten gemeinsam mehr als 50 Prozent der Delegierten auf dem kommenden DGB-Bundeskongress, der den Nachfolger Vettters zu wählen

145 | Protokoll der 8. Sitzung des HV, 11.2.1982. In: AdSd, ÖTV, 5/ÖTVB130087.

146 | Große Schweinerei. In: Der Spiegel 36 (1982), H. 11, S. 27. Vgl. auch: DGB über Vetter-Nachfolge uneins. In: FAZ, 12.3.1982.

hatte.¹⁴⁷ So konnte die Versammlung im Mai 1982 mit Ernst Breit, dem bisherigen Chef der Postgewerkschaft, einen neuen DGB-Vorsitzenden wählen, der nichts mit den Affären um die »Neue Heimat« zu tun hatte. Heinz Kluncker, der mit letzter Kraft an diesem Kongress teilnahm, setzte direkt nach der Wahl Breits ein öffentlich stark wirkendes Zeichen: Er überreichte dem frisch Gewählten vor den versammelten Fotografen einen großen Besen und machte damit »handgreiflich« deutlich, wie wichtig es für den neuen DGB-Vorsitzenden sein werde, das NH-Debakel aufzuklären und zu bereinigen.¹⁴⁸

Wie fast alle Beteiligten konnte Heinz Kluncker seinerzeit nicht ahnen, wie lange sich diese Arbeiten danach noch hinzogen. Sie reichten bis weit in die 1990er Jahre und kosteten die DGB-Organisationen insgesamt die exorbitante Summe von rund einer Milliarde DM. Wichtiger vielleicht noch: Das traditionsreiche Konzept der Gemeinwirtschaft, das seine Verfechter als notwendiges Korrektiv für die strikt profitorientierte private Erwerbswirtschaft präsentierten, verlor in der langen und sehr konfliktreichen Aufarbeitung des NH-Skandals massiv an Überzeugungskraft.¹⁴⁹ Gerade die ÖTV stand damit vor einer programmatischen Herausforderung, denn die öffentlichen Betriebe, die für ihre gewerkschaftliche Arbeit so wichtig waren, legitimierten sich entscheidend durch die gemeinwirtschaftlichen Lehren. Die Frage, wie die Gewerkschaft in dieser Situation reagierte, gehört aber bereits in eine andere Untersuchung.

Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin? Der scheidende Heinz Kluncker und die Wahl des neuen ÖTV-Vorsitzenden

In der Satzung der ÖTV wurde der Chef der Organisation nur ein einziges Mal erwähnt: Paragraph 23 bestimmte, der Vorsitzende sei Mitglied des Hauptvorstandes, und er gehöre zusammen mit den beiden Stellvertretern und vier weiteren Vorstandsmitgliedern auch dem gHV an. Dabei aber blieb es. Regelungen, wie etwa Kandidaten für die Leitung der Organisation nominiert werden sollten, fehlten. Selbst die Frage, wie der Vor-

¹⁴⁷ | Gewisses Opfer. In: Der Spiegel 36 (1982), H. 13, S. 32; Breit einstimmig für die Nachfolge Vettters nominiert. In: FAZ, 26.3.1983.

¹⁴⁸ | Vgl. etwa: Der alte und der neue Vorsitzende. In: FAZ, 21.5.1982.

¹⁴⁹ | Vgl.: Kramper: NEUE HEIMAT, S. 600–606.

sitzende zu wählen sei, beantwortete sich nur indirekt durch Paragraph 25, der die Aufgaben des Gewerkschaftstages festlegte: Seine Delegierten bestimmten die Mitglieder des Hauptvorstandes. Wie seinerzeit in der Bundesrepublik noch allgemein üblich, kannte das Dokument keine weiblichen Würdenträger in der Organisation: Laut Satzung gab es in der ÖTV einen »Vorsitzenden« sowie selbstverständlich auch nur einen »Chefredakteur«, einen »Leiter der Hauptkasse« und sogar einen »Bundessekretär für Frauen«.¹⁵⁰

Das große öffentliche Aufsehen, das die Wahl von Monika Wulf-Mathies zur Nachfolgerin Heinz Klunckers im September 1982 erregte, ist auch vor dem Hintergrund der traditionsreichen und damals noch kaum kritisch geprüften kulturellen Prägung zu sehen, die hinter dieser Wortwahl in der ÖTV-Satzung stand. Mit Wulf-Mathies übernahm erstmals eine Frau den Vorsitz einer bundesdeutschen Gewerkschaft – und das geschah gleich noch in der zweitgrößten DGB-Organisation. Ihre Wahl bezeichnete daher eine wichtige Etappe in der langen Geschichte, in der die vom Grundgesetz so leichthin postulierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik schrittweise tatsächlich zur sozialen Realität wurde. In seiner Rolle als scheidender ÖTV-Vorsitzender hat Heinz Kluncker durchaus einiges dafür getan, um diese historisch bedeutsame Wahl möglich zu machen: Als er vor dem Hauptvorstand seinen Rücktritt ankündigte, schlug Kluncker gleichzeitig Monika Wulf-Mathies als Kandidatin für das frei werdende Amt vor, obwohl er damit die Pläne eines seiner engsten Kollegen in der ÖTV-Führung durchkreuzte.

Wäre es dabei um die Konkurrenz zwischen zwei Männern gegangen, dann müssten sich rückblickend wohl nur Gewerkschaftshistoriker für Klunckers Vorgehen interessieren.¹⁵¹ Wulf-Mathies aber war die einzige

150 | Vgl. etwa: Protokoll ÖTV-GT 1972, S. 749 f. Auch die Geschäftsordnung der ÖTV-Gewerkschaftstage schwieg zu der Frage, wie Kandidaten für die Leitungspositionen auszuwählen waren.

151 | Wie gesagt stand in der Satzung der ÖTV nichts über ein Recht des Vorsitzenden, bei der Wahl seines Nachfolgers mitzureden. Kluncker praktizierte hier ein offensichtlich nicht fixiertes Vorrecht, von dem er selbst 1964 profitiert hatte: Adolph Kummernuss hatte ihn vor dem Hauptvorstand im Februar 1964 als Kandidaten für den Vorsitz präsentiert (Protokoll über die 10. Sitzung des HV, 6./7.2.1964. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130011).

Frau an der Spitze der ÖTV – und damit gewann Klunckers Plädoyer für sie eine ganz andere Bedeutung. Allerdings kann Heinz Kluncker wohl dennoch nur sehr bedingt als ein Vorkämpfer der gelebten Gleichberechtigung gelten. Er tat im Sommer 1982 gewissermaßen das historisch Sinnvolle und Richtige aus eher prosaischen organisationspolitischen Gründen, die allenfalls nebenbei etwas mit der hehren Idee der Frauenemanzipation zu tun hatten.

Wie wahrscheinlich in allen großen Organisationen existierte selbstverständlich auch in der ÖTV so etwas wie eine interne Hierarchie des Personals hinter der übermächtigen Figur des Vorsitzenden, von der die Öffentlichkeit wenig oder gar nichts wusste. Als potenzieller Nachfolger Klunckers galt in dieser Hierarchie im Jahr 1982 eindeutig Siegfried Merten, gHV-Mitglied seit 1972 und seit 1976 zugleich einer der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden: Er konnte auf eine jahrzehntelange Karriere in der Gewerkschaft zurückblicken, verfügte über breite Erfahrungen in Tarifverhandlungen und war zudem ein exzellenter »Netzwerker« innerhalb der komplizierten Organisation der ÖTV.¹⁵² Er gehörte – wie Kluncker – zum Jahrgang 1925 und durfte mit 54 Jahren damals also durchaus noch beanspruchen, in »den besten Jahren« zu stehen. Auch sein Habitus erinnerte an den des scheidenden Vorsitzenden: Öffentlich pflegte Merten nach dem Urteil der Wochenzeitschrift *Die Zeit* den »alten Haudegen-Stil« eines aggressiv auftretenden Gewerkschaftsführers, den Heinz Kluncker so erfolgreich kultiviert hatte.¹⁵³

Wulf-Mathies hingegen war eine »Seiteneinsteigerin«, eine promovierte Germanistin, die nach dem Regierungsantritt der SPD in der Bonner Ministerialbürokratie rasch Karriere gemacht hatte, und mit seinerzeit 40 Jahren zudem deutlich jünger als Merten.¹⁵⁴ Der ÖTV gehörte sie seit 1971 an; erst seit 1976 arbeitete sie als hauptberufliche Funktionärin der Organisation. Heinz Kluncker hatte sie im Mai 1975 auf dem DGB-Kongress in Hamburg persönlich kennengelernt. Zwar war dieser Kontakt wohl »eher ein Zu-

152 | Interview Hajo Graf Vitzthum, 7.4.2015.

153 | Erika Martens: Ein Mann und eine Frau stellen sich zur Wahl. In: *Die Zeit*, 17.9.1982. Klunckers zweiter Stellvertreter Karl Heinz Hoffmann kam als CDU-Mitglied für die Nachfolge in einer so SPD-nahen Organisation wie der ÖTV aus realpolitischen Gründen selbstverständlich nicht in Frage.

154 | Ebd.

fall«; er führte aber dazu, dass der ÖTV-Vorsitzende die bestens etablierte Bonner Regierungsdirektorin spontan fragte, ob sie nicht in die Stuttgarter Gewerkschaftszentrale wechseln wolle. Erfahrungen mit aktiver Gewerkschaftsarbeit hatte Wulf-Mathies zuvor nur in der ÖTV-Betriebsgruppe im Bundeskanzleramt gesammelt, für die sie unter anderem als Vertrauensfrau und als Personalrätin tätig gewesen war. Auf Klunckers überraschendes Angebot reagierte sie zunächst mit der Bitte um Bedenkzeit; erst als der ÖTV-Chef nach langen Wochen des Schweigens noch einmal nachhakte, sagte sie zu. Trotz offensichtlicher Skepsis unter den Delegierten wegen ihrer nicht sehr breiten gewerkschaftlichen Erfahrungen wählte der ÖTV-Kongress sie rund ein Jahr später dann direkt in den gHV.¹⁵⁵

Ihren Start als Gewerkschaftsfunktionärin beschreibt sie selbst rückblickend als nicht ganz einfach, auch weil der Vorsitzende sich im Alltag für sie doch nur bedingt als »helfende Hand« auf dem Weg in das neue Arbeitsfeld erwies. Dennoch profilierte sie sich rasch: Zuständig war sie vor allem für den medizinischen Bereich, der zu den stark wachsenden Sparten in der ÖTV gehörte; inhaltlich bemühte sie sich, in der öffentlichen Arbeit der Gewerkschaft stets die positive gesellschaftliche Bedeutung des Öffentlichen Dienstes stark hervorzuheben, um den weitverbreitenden Klagen über dessen angebliche Privilegien entgegenzuarbeiten.¹⁵⁶ Auf dem Gewerkschaftstag 1980 mit dem besten Stimmenergebnis aller gHV-Mitglieder wiedergewählt, gehörte sie spätestens seitdem zu den wichtigsten Personen in der Verbandsspitze.¹⁵⁷

Allerdings war sie damit noch keineswegs gleich eine potenzielle Nachfolgerin Klunckers. Als der schwerkranke Vorsitzende sie im Juni 1982 erst

155 | Interview Monika Wulf-Mathies, 7.4.2015. An dem DGB-Bundeskongress hatte Wulf-Mathies als von der Bundesregierung entsandte Gastdelegierte teilgenommen. In ihrer Bewerbungsrede auf dem Gewerkschaftstag im Juni 1976 bemühte sich Wulf-Mathies intensiv, den Vorwurf zu entkräften, sie sei gewerkschaftlich zu unerfahren. Vgl.: Protokoll ÖTV-GT 1976, Bd. 1, S. 258–260. Sie erhielt 477 Ja-Stimmen bei 92 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen (ebd., S. 261).

156 | Ebd.

157 | Wulf-Mathies erhielt 534 Ja-Stimmen (sechs mehr als Heinz Kluncker); Siegfried Merten kam hingegen nur auf 448 Ja-Stimmen (Protokoll ÖTV-GT 1980, Bd. 1, S. 270 u. 257. Auch bei der Zahl der Nein-Stimmen schnitt Wulf-Mathies mit 55 Stimmen besser ab als Heinz Kluncker (65 ablehnende Voten), Merten (157 Nein-Stimmen) und alle anderen gHV-Mitglieder.

intern und unmittelbar darauf auch öffentlich als Kandidatin benannte, machte Kluncker vielmehr »die Sensation [...] perfekt«, die seine Rücktrittserklärung ja ohnehin schon hervorrief: Sein Vorschlag kam für die Mitglieder des Hauptvorstandes ebenso »völlig unvorbereitet« wie der Amtsverzicht. In der Folge gab es »erhebliche Unruhe« nicht nur im Hauptvorstand, sondern auch unter den Bezirksvorsitzenden und in den unteren Gliederungen der ÖTV, weil zahlreiche Funktionäre Siegfried Merten doch für den besseren Kandidaten hielten.¹⁵⁸

Der stellvertretende Vorsitzende selbst teilte diese Sicht. Heinz Kluncker hatte seine überraschende Personalempfehlung im Hauptvorstand nur sehr summarisch begründet: Wulf-Mathies habe im Unterschied zu Merten an der Spitze der ÖTV eine »langjährige Perspektive« und sei zudem bestens eingearbeitet. Warum Letzteres für Merten nun nicht gelten sollte, blieb ebenso unklar wie die Frage, wieso Kluncker die elf Jahre Berufsleben, die sein Stellvertreter seinerzeit noch vor sich hatte, nicht für eine »langjährige Perspektive« hielt. Zugleich sagte Kluncker, er votiere für Wulf-Mathies auch »auf die Gefahr hin, einen Freund zu verlieren«, und obwohl er sich bewusst sei, »daß ich hier verletze, Gefühle mißachte. Ich tue dies nach sorgfältiger Überlegung.«¹⁵⁹

Frägt man Klunckers damalige engste Mitarbeiter, welcher Art seine damals nicht näher erläuterten Überlegungen denn waren, dann erklären sie einheitlich, der scheidende Vorsitzende habe seinem Stellvertreter das höchste Amt der ÖTV nicht zugetraut: Kluncker hielt Merten für zu sprunghaft und für zu beeinflussbar. Daher sei er bei der Regelung seiner Nachfolge vor allem darauf bedacht gewesen, die Wahl von Siegfried Merten zu verhindern. Wulf-Mathies wurde von ihm nominiert, weil er ihr noch die besten Erfolgsaussichten bei dieser nicht ganz einfachen Operation zutraute.¹⁶⁰

Auch Monika Wulf-Mathies konstatiert in der Rückschau: »ich war sicher nicht seine Wunschkandidatin«. Sie selbst rechnete zunächst nur damit, man werde sie bei Klunckers Ausscheiden (das sie schon seit eini-

158 | Erika Martens: Ein Mann und eine Frau stellen sich zur Wahl. In: Die Zeit, 17.9.1982.

159 | Protokoll der 9. Sitzung des HV, 2.6.1982. In: AdsD, ÖTV, 5/ÖTVB130088.

160 | Interview Walter Eberhardt, 16.12.2013; Interview Siegfried Bußjäger, 1.4.2014; Interview Hajo Graf Vitzthum, 7.4.2014.

ger Zeit über kurz oder lang erwartete) »aus schlechtem Gewissen« wohl zur neuen Stellvertreterin des nächsten Vorsitzenden wählen.¹⁶¹ Die Nominierung, die Kluncker selbstverständlich vor seinem Auftritt im Hauptvorstand unter vier Augen mit ihr besprochen hatte, nahm sie aus zwei Gründen an: zum einem weil sie Merten als gewerkschaftlich »rückwärts-gewandt« empfand, als einen »Bizeps-Gewerkschafter«, dessen Auftreten nicht mehr zu den gewandelten Strukturen im Öffentlichen Dienst und in der ÖTV passte; zum anderen um weibliche Gleichberechtigung nicht nur allgemein und abstrakt einzufordern, sondern sie als Herausforderung auch persönlich anzunehmen, wenn sich die Chance dafür bot.¹⁶²

Die Frage, ob die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages, der Klunckers Nachfolge regeln musste, diesen Mut honorieren würden, ließ sich selbst am Morgen des 29. September 1982 noch nicht eindeutig beantworten, als der Kongress in Wiesbaden zusammentrat. Siegfried Merten kandidierte gegen Wulf-Mathies, und damit stand die Gewerkschaft zum ersten Mal in ihrer Geschichte vor einer Kampfabstimmung über die Person ihres Vorsitzenden. Überraschender Weise lief die Wahl dann zügig ab: Bereits bei der zweiten Abstimmung erhielt Wulf-Mathies die absolute Mehrheit der Stimmen. Mit Heinz Kluncker und seinen personalpolitischen Planungen hatte dieser Ausgang wohl nur noch wenig zu tun. Die Organisation überraschte sich vielmehr selbst, indem sie so klar gegen den Kandidaten votierte, der für ein gewerkschaftliches »Weiter so« stand. Eine schwache Rede von Merten, die sich fast ausschließlich mit der Vergangenheit beschäftigte, und ein souveräner Auftritt von Wulf-Mathies mit klug gewählten Ankündigungen für die weitere Arbeit der Gewerkschaft mögen etliche zuvor noch unentschlossene Delegierte bewogen haben, für die Kandidatin zu stimmen – zumal Merten so tat, als sei die ÖTV in den vorangegangenen Jahren äußerst erfolgreich gewesen. Damit ignorierte er die Krisenstimmung innerhalb der Organisation.¹⁶³

Letztlich aber dokumentierte die ÖTV mit ihrer Entscheidung für Wulf-Mathies doch vor allem auch die Tatsache, dass sie nicht mehr die Gewerkschaft war, die im Sommer 1964 Heinz Kluncker zum Vorsitzen-

161 | Interview Monika Wulf-Mathies, 7.4.2015.

162 | Ebd.

163 | Protokoll Außerordentlicher Gewerkschaftstag Wiesbaden 1982. Hrsg. v. der ÖTV, Stuttgart o.J., S. 22–25.

den gewählt hatte: Als eine von Angestellten dominierte Organisation, die gerade Frauen und beruflich besser qualifizierte Beschäftigte als neue Mitglieder gewann, stand ihr die Führung durch Wulf-Mathies »gut zu Gesicht«. Auf den Abschied von Heinz Kluncker folgte also ein in die Zukunft weisender Neuanfang. Dies ergab sich zwar eher aus Zufall als aus einer langfristig vorausschauenden Personalplanung – aber das nimmt der Wahl von 1982 nichts von ihrer historischen Bedeutung.

Als die neue ÖTV-Vorsitzende am 29. September 1982 gewählt wurde, befand sich die politische Landschaft der Bundesrepublik bereits mitten in dem Umbruch, auf den die langen Jahre des Bundeskanzlers Helmut Kohl folgten. Im Streit über die »Haushaltskonsolidierung« und die wirtschaftspolitischen Hauptziele der Bundesregierung hatte die FDP Anfang des Monats die sozialliberale Koalition aufgekündigt und ihre Minister aus dem Kabinett abgezogen; gemeinsam planten CDU/CSU und FDP bereits die Abwahl Helmut Schmidts durch ein konstruktives Misstrauensvotum. Wenig später saßen die Sozialdemokraten im Bundestag dann tatsächlich auf den Oppositionsbänken; in seiner Regierungserklärung sprach der neue christdemokratische Bundeskanzler von einer umfassenden »Wende«, die er innenpolitisch durchsetzen wolle. Zwangsläufig tangierte dieser Regierungswechsel die ÖTV ganz direkt, weil die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst nun erstmals wieder unter anderen politischen Vorzeichen stattfanden als in den Jahren seit 1969 – aber auch das ist bereits eine andere Geschichte, die hier nicht mehr zu untersuchen ist.

